

Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

<p>Erscheint wöchentlich. Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Post-Nr.: 3220.</p>	<p>Herausgeber: B. Grosse in Hamburg. Verantwortlich für die Redaktion: A. Köpfe, Hamburg; für die Expedition und den Anzeigentheil: S. Stubbe, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.</p>	<p>Inserate f. d. viergespalt. Zeitzeile od. deren Raum 30 $\frac{1}{2}$. Bergütungs-Anzeigen 15 $\frac{1}{2}$, Berjammungs- Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 $\frac{1}{2}$ pro Zeitzeile. Beilagen nach Uebereinkunft.</p>
--	---	--

Inhalt: Der Verband und die Arbeitslosen-Unterstützung. — Der unlautere Wettbewerb. — Zum Befähigungsnachweis. — Die Freiheit der Presse. — Sklaverei.

Lohnbewegung.

Schmöln, 28. Januar. (Telegramm.)
90 Mann seit heute früh ausständig. Forderung alter Lohn. Alles Verbandsmitglieder. Zuzug fernhalten.

Ferner ist Zuzug fernzuhalten: Von Tischlern nach **Berlin** (Pianofabrik von Görs u. Kallmann, Arndtstraße 34), **Weissenice** bei Berlin (Oskar Springer's Küchenmöbelfabrik), **Bulmke** bei Gelsenkirchen (Saarman's Werkstätte), **Izehoe** (Westphal'sche Möbelfabrik), **Ludenwalde** (Billig's Werkstätte), **Lübben** (Dittrich's Werkstätte); von Tischlern und Stellmachern nach **Güstrow i. M.** (Mecklenburgische Waggonfabrik); von Tischlern und Drechslern nach **Goslar** (Pfeil'sche Möbelfabrik), und **M.-Gladbach** (Kambek's Werkstätte); von Drechslern nach **Sarzburg** (Schulze's Holzbearbeitungsfabrik); von Bürsten- und Pinselmachern nach **Münster i. W.** (Fabrik Theopold).

Von den Verwaltungen oder Vertrauensleuten der unter dieser Rubrik genannten Zahlstellen erwarten wir mindestens alle zwei Wochen eine Mittheilung über den Stand des Streiks oder die Ausperrung; im anderen Falle streichen wir die Orte ohne Weiteres.

Die Redaktion.

Der Verband und die Arbeitslosen-Unterstützung.

a. Eine der wichtigsten Fragen, die auf dem bevorstehenden Verbandstag der Holzarbeiter zur Berathung gelangen, dürfte die der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung sein, die offenbar den Wünschen vieler Mitglieder entspricht. Daß eine solche Maßnahme die Arbeitslosigkeit bekämpfen oder einschränken könnte, wie dies im Zweck unseres Verbandes liegt, wer wollte sich solcher Hoffnung hingeben? Liegen doch der Arbeitslosigkeit Ursachen zu Grunde, die, wie längst anerkannt, weder von den Gewerkschaften, noch von der Arbeiterklasse allein aus der Welt geschafft werden können, und denen gegenüber selbst die Gesetzgebung nur zweifelhaften Erfolg verspricht. Daß aber, wenn wir die Gesetzgebung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit engagieren, die Arbeitslosen-Unterstützung oder -Versicherung der aller schlechteste Weg wäre, den wir zur Erreichung dieses Zieles wählen könnten, ist auch dem nicht sozialpolitisch geschulten Verstande begreiflich, denn wir haben uns daran gewöhnt, die Reformen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in einer anderen Richtung zu suchen, die uns durch die bekannten Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Sonntags-, Nacht- und Kinderarbeit, Beschaffung und Beschleunigung öffentlicher Arbeitsnachweise — zur Genüge gekennzeichnet ist, und wir wären herzlich schlechte Politiker, wollten wir unsere sozialpolitische Einsicht, die uns auf den Weg der gesetzlichen Beschränkung der kapitalistischen Ausbeutung hinweist, jetzt inmitten von Zuständen, die unsere Kritik längst prophetisch hat, einfach über Bord werfen und uns an den faulen Strohalm der Selbsthilfe klammern.

Aber das sind bekannte Prinzipien, die, obgleich allgemein geachtet, trotzdem die Agitation für die Arbeitslosen-Unterstützung nicht zurückgehalten haben, weil diese von anderen Motiven geleitet wird. Wer wollte es dem Schwerkranken, dem Unheilbaren verdenken, daß er die sachlich unanfechtbaren Doctrinen des Arztes,

die ihm ein süßliches Klima als einziges Heilmittel erklären, unermüdet läßt, dafür aber eine direkt wirkende Linderung verlangt? Unter diesen Gesichtspunkten allein ist die Forderung der Arbeitslosen-Unterstützung zu betrachten, und hier läßt sich auch ihre Berechtigung nicht in Abrede stellen. Sie soll ein Linderungsmittel gegen die Noth der Arbeitslosigkeit sein, soll die durch letztere betroffenen Mitglieder vor dem Versinken in das dunkle Elend schützen und dadurch den Mitgliederstamm auch in der schweren Zeit der Krisis und der Noth zusammenhalten.

Das sind die Grundzüge, die Anhänger wie Gegner der Arbeitslosen-Unterstützung anerkennen. Wenn Erstere weiter folgern, daß diese Unterstützung für den Verband die Bedeutung eines Agitationsmittels habe, so läßt sich darüber wie auch über den Werth desselben streiten. Wenn auch die Zugkraft materieller Unterstützungen nicht verkannt werden soll, namentlich bei dem gegenwärtig indifferenten Theile der Berufsgenossen, so ist doch der agitatorische Werth hinsichtlich der Zuführung klassenbewußter und standhafter Mitglieder nur gering, wenn nicht völlig verfehlt. Doch das sind Streitpunkte, über welche keine Einigung zu erzielen ist und die daher am besten aus der Diskussion verschwinden, da sie zudem überflüssig sind. Genügt doch schon der obenbezeichnete Grundzug zur Legitimation dieser Forderung, und erscheint es daher trotz prinzipieller Einwände durchaus gerechtfertigt, wenn der Verband seine arbeitslosen Mitglieder unterstützt, falls seine Mittel und die Verhältnisse dies gestatten.

Die Frage, ob eine Gewerkschaft also die Arbeitslosen-Unterstützung einführen darf, ist durchaus zu bejahen, da gegenüber der einfachen praktischen Hilfeleistung innerhalb eines beschränkten Mitgliederkreises prinzipielle Bedenken kaum aufkommen können. Sie würde unter Verzicht auf jede weitere sozialpolitische Wirkung lediglich ein Vortheil für die Mitglieder sein, wie dies z. B. die Reiseunterstützung und der freie Rechtsschutz innerhalb der Organisationen sind.

Falls die Verhältnisse und die Verbandsmittel dies gestatten! Das ist der Angelpunkt, der für die Behandlung der Frage entscheidend ist. Und dies zu unteruchen ist der Zweck dieser Arbeit. Im Jahre 1892 haben 11 Organisationen, im Jahre 1893 14 Organisationen Arbeitslosen-Unterstützung geleistet. Die Höhe der Unterstützung liegt in letzterem Jahr auf insgesamt M. 357 087,56, sie schwankte als Ausgabe pro Kopf in den einzelnen Organisationen zwischen M. 2,96 und M. 12,95, 1892 stieg sie bei den Buchdruckern sogar auf M. 14,72 pro Kopf der Mitgliederzahl. Daß solche Leistungen auch erhebliche Jahreseinnahmen der betreffenden Organisationen und demgemäß höhere Beiträge voraussetzen, ist leicht erklärlich. So betrug die Beitragleistung, nach der Jahreseinnahme 1893 berechnet, pro Kopf bei den Buchdruckern M. 46,44, Gutmachern 43,69, Bildhauern 31,72, Glacehandschuhmachern 20,06, Porzellanarbeitern 16,40, Kupferschmiedern 12,58 und Lederarbeitern 10,92. Das wären diejenigen Organisationen, bei denen die wirklichen Einnahmen den Beitrag von 20 $\frac{1}{2}$ pro Woche übersteigerten. Da jedoch in der Jahreseinnahme auch das Minus der rückständigen Beiträge zum Ausdruck kommt, so handelt es sich hauptsächlich um höhere Beiträge. Zu obigen Organisationen mit 20 $\frac{1}{2}$ und mehr Wochenbeitrag kommen noch hinzu die Zigarrenrentierer (13,—), Weißgerber (10,40) und Glasarbeiter (10,40).

Demgegenüber betragen die Jahresbeiträge des deutschen Holzarbeiterverbandes nur M. 7,80, die Jahreseinnahme für das 1. und 2. Quartal 1894 pro Kopf nur M. 3,52, also ja. M. 7 pro Jahr. Diese Mittel sind natürlich

unzureichend für eine Erweiterung des Unterstützungswezens, da gerade die Arbeitslosen-Unterstützung hohe Ansprüche stellt. Die Arbeitslosigkeit in den Branchen der Holzindustrie ist durchaus nicht geringer an Umfang, als die in anderen Berufen, — sie kann vielmehr ohne Bedenken als höher geschätzt werden, eine Annahme, welche durch das Drängen nach Einführung einer Unterstützung nur bestärkt wird. Zum Mindesten würde die diesbezügliche Ausgabe pro Kopf der Mitgliederzahl den Durchschnitt der übrigen Organisationen in Höhe von M. 8 übersteigen. Die Mehreinnahme für das 1. Halbjahr 1894 betrug M. 4713,50, also pro Kopf 18 $\frac{1}{2}$. Da jedoch die Einnahmen noch hinter den statutarisch bestimmten Einnahmen zurückblieben und schon ein größerer Streik die obigen Mehreinnahmen verschlingen könnte, so ist bei den gegenwärtigen Verhältnissen für Arbeitslosen-Unterstützung fast nichts übrig. Eine durchschnittliche Steigerung der Ausgaben um M. 8 pro Kopf erheischte eine Erhöhung der Beiträge um das Doppelte, also M. 15,60 pro Jahr oder 30 $\frac{1}{2}$ pro Woche, wobei immerhin erst ein Durchschnittssatz in Berechnung gezogen ist, der in Wirklichkeit eher zu gering erscheint und für Fälle außerordentlicher Arbeitslosigkeit und Ausperrung auch keineswegs ausreichen dürfte.

Daß diese Beitragserhöhung unumgänglich ist, beweist die Generalversammlung des Verbandes der Bergolber, der nach dem Weihnachtsfeste 1894 in Berlin tagte und die statutarische Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zum Beschluß erhob. Die Beiträge wurden demnach auf 35 $\frac{1}{2}$ für männliche und auf 25 $\frac{1}{2}$ für weibliche Mitglieder pro Woche erhöht, wofür Erstere pro Woche M. 7, Letztere M. 4,50 Unterstützung auf die Dauer bis zu 4 Wochen nach mindestens einjähriger Mitgliedschaft erhalten. Dieses Beispiel ist bezeichnend für ähnliche Schritte in gleicher Richtung. Die Unterstützungen sind das Mindeste, was eine regelrecht organisierte Kasse gewähren muß — auch die Dauer läßt sich nicht kürzer veranschlagen —, die Unterstützung erfüllt also das Mindestmaß, das man bei solcher Erweiterung der Organisation erwarten darf. Sie läßt sich kaum geringer festlegen, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. — Sie kann auch unmöglich einem Theile der Mitglieder vorzuenthalten werden, falls dieser in dieselbe Nothlage kommt.

Wir können also nicht die Reiseunterstützung auf die Besigen, die Arbeitslosenunterstützung auf die Verheiratheten beschränken, da wir die Besigen nicht zum Abreisen, die Verheiratheten nicht zum Verbleib zwingen können. Gleiche Pflichten, gleiche Rechte, — dieser Grundzug muß in den Organisationen gewahrt werden, und § 4 Absatz b und c zeigen, daß auch die verheiratheten Mitglieder z. B. in Nothfällen unterstützt werden, wie auch unter den reisenden Kollegen mancher Verheirathete zu finden ist. Wollen wir also die Arbeitslosenunterstützung, wenn auch nur nach Maßgabe § 4 des Verbandsstatuts einführen, so muß sie unterjährig für alle Mitglieder eingeführt werden, wie dies bei allen anderen Organisationen der Fall ist. Damit erübrigt sich auch der Vorschlag, die Arbeitslosen-Unterstützung von einer besonderen Beitragsklasse abhängig zu machen, eine Maßnahme, welche unsere Organisationen den Versicherungen gleichstellen würde, wie die praktischen Erfahrungen 1887—1890 beweisen.

Die Beitragserhöhung ist also nicht zu umgehen, und 30 $\frac{1}{2}$ pro Woche wäre der geringste Betrag, den wir dem Verbande zur Verfügung stellen müßten. Das ist der Beitrag, dessen Durchführung z. B. unmöglich ist und auf die entschiedenste Abneigung stoßen würde, wie

schon die allgemeine Antipathie gegen geringe Beitrags-
erhöhung lehrt. Die nach § 40 vorzunehmende Ur-
abstimmung würde voraussichtlich zur Ablehnung solcher
Anträge führen, umso mehr, da auch nach Einführung
derartiger Beiträge der Verband eine Unter-
stützung der Mitglieder noch keineswegs garantiren
könnte, ohne mit der Versicherungsgesetzgebung in Be-
rührung zu kommen. Was die Folge einer solchen
Beitragsenerhöhung sein würde, darüber muß völlige
Klarheit herrschen. Zunächst stände das Ausschneiden
und Fernbleiben der minderbezahlten Arbeiter unserer
Berufe zu erwarten, da diese selbstverständlich solche
Beiträge nicht erübrigen können, die Zahl der wegen
Rückstand Gestrichenen würde rasch wachsen, und der
Verband hat kein Mittel, die ausstehenden Beiträge
einzutreiben, da die Verleihung korporativer und
juristischer Rechte noch in weitem Felde steht. Die
Gewerkschaft würde schließlich durch die besserbezahlten
und kassentreuen Mitglieder zusammengehalten werden,
und nur die sog. Elite der Kollegenchaft umfassen,
während gerade diejenigen, welche der Arbeitslosigkeit
am meisten ausgesetzt sind, also der neuen Einrichtung
zuerst zu bedürfen, am wenigsten in der Lage sind, die
Mitgliedschaft aufrecht zu erhalten. Allerdings würde
durch deren Austritt oder Fernbleiben die Unterstützung
wesentlich entlastet, zugleich aber damit der eigentliche
Zweck derselben in Frage gestellt. Denn es ist klar,
daß durch das Fernbleiben der Unterstützungsbedürftig-
sten die Arbeitslosigkeit nicht gemindert und das
Elend nicht gelindert, wohl aber die Organisation in
ihrer wahren Thätigkeit gehindert wird, da diese gerade
die schlechthelohnten und unsicher beschäftigten Arbeiter
am wenigsten entbehren kann. Gerade die Holzarbeiter-
berufe weisen ein starkes Kontingent von ungelerten
und Hilfsarbeitern auf, die in Folge mangelhaften Ver-
dienstes unserer Organisation fernbleiben und trotz aller
Sympathien unserer Agitation passiven Widerstand ent-
gegensetzen. Jede erhebliche Beitragserhöhung würde
den Indifferentismus vergrößern; sie würde einige
Hundert Kassentreue gewinnen, aber einige Tausend
Proletarier zurückstoßen, auf der einen Seite eine Klassen-
aristokratie, — auf der anderen Seite ein Streifbrehen-
thum züchten, die beide dem wahren Zwecke des Ver-
bandes nur schädlich sind. Der Verband ist eine Kampf-
organisation, die der Mithilfe aller Berufsangehörigen
bedürftig, wenn sie ihren Zweck, Schutz der materiellen
Interessen der Mitglieder, erfüllen soll. Er wendet sich
auch an die ungelerten und Hilfsarbeiter, an die un-
glücklichsten Kollegen, die bei jeder Krise zuerst auf dem
Pflaster liegen, — er will sie alle in seinen Reihen
wissen, will die gesammten Einzelkräfte umschließen und
vereinigen. Dem entspricht vor Allem auch seine Kon-
stituierung zum Industrieverband. Er darf also keine Aktion
wählen, die die Masse der Kollegen zurückstößt oder ihr
den Verbleib in der Organisation unmöglich macht.
Die Beitragserhöhung auf 30 % ist demzufolge aus-
geschlossen.

Die Freunde der Arbeitslosenunterstützung wissen
dies auch und schlagen einen anderen Weg ein. Die
meisten Verbände liefern ihren Mitgliedern das Ver-
bandsorgan gratis, wodurch ihnen allerdings erhebliche
Ausgaben erwachsen. Man verlangt daraufhin nichts
Geringeres, als die Gratistlieferung und die obligatorische
Einführung des Verbandsorgans aufzuheben und die
gesparte Summe für Arbeitslosenunterstützung zu ver-
wenden. Zunächst wollen wir feststellen, daß die
Ausgaben für das Verbandsorgan des Holzarbeiter-
verbandes im ersten Halbjahr 1894 M. 23 260,06
betrugen, also pro Kopf 87 %, pro Jahr demnach un-
gefähr M. 1,75, ein Betrag, der für die Arbeitslosen-
unterstützung bei weitem nicht reichen und die Beitragser-
höhung nicht überflüssig machen würde. Er erreicht
noch nicht den Viertelbetrag der gering berechneten
Durchschnittsausgabe. Dadurch aber würde der Ver-
band ein Kampfmittel verlieren, dessen Werth die dafür
veranschlagten Beträge schwerlich auswiegt, und unter-
stützt alle Mitglieder zu gute kommt. Denn
die Unterstützung ist jedem Kollegen lieb geworden und
ihre Verbesserung und Ausdehnung liegt uns mehr am
Herzen, als ihre Abschaffung. Wohl könnte man ein
Jahresabonnement für die Zeitung in Höhe von 15 %,
pro Monat aber 50 %, pro Quartal einführen, — aber
wäre dies etwas anderes, als eine Beitragserhöhung?
Und da der Verband dieses Agitationsmittels unter allen
Umständen bedarf, so müßte er, wenn die Abonnement-
beiträge unthunlich oder gar nicht eingeht, doch die
Erfüllung des Organes suchen, was wiederum Ausgaben
veranlaßt. Als um diesen Punkt der Beitragserhöhung
kommen wir nicht herum, sondern verbleiben eher
unter Verbandsorgan und schon unheilbare Zustände,
die in keiner Weise die Mitglieder heilen können.
Auch wenn wir statt eines Wochenblattes ein Zwei-
wochenblatt in Aussicht nähmen, wäre nur wenig ge-
spart, aber viel geschadet. Wer wollen uns nicht des

wichtigsten Kampfmittels entäußern, um dafür eine
völlig unbefriedigende Unterstützung zu gewähren, die
den Verband vor unabsehbare Konsequenzen stellt. Nur
durch Beitragserhöhung ließe sich der Wunsch auf
Einführung der Arbeitslosenunterstützung erfüllen, und
hierfür sind zur Zeit die Aussichten sehr gering. Wenn
die Frage trotzdem diskussionsfähig bleiben wird, so
ist dafür die erste Voraussetzung, daß durch diese
Einführung der Verband nicht seines wichtigsten Kampf-
mittels beraubt oder sonst irgendwie erheblich ge-
schädigt wird.

Der Holzarbeiterverband steht noch im Anfang seines
Wirkens. Seine Gründung als Industrieverband durch
Auflösung einer Anzahl von Branchenorganisationen
war ein gewagter Schritt, über dessen Erfolg oder
Mißerfolg erst eine Reihe von Jahren und Kämpfen
ein Urtheil ermöglichen. Hoffen wir, daß er erstarkt,
fortschreitet und an Einfluß gewinnt. Das kann er
jedoch nur, wenn er das Gros der Berufsangehörigen, das
heute noch in Gleichgültigkeit verharret, vereint. Nicht
die Elite der Arbeiterchaft, nicht der Klassenbewußte
Kern allein garantiert den Sieg, sondern das Verhalten
der Massen bestimmt den Erfolg; das hat namentlich
der Günstiger Streik aufs Deutlichste bewiesen. Und
die Massen müssen gewonnen, nicht abgestoßen werden.

Die Zeit zu großen und kostspieligen Experimenten
ist weniger, denn je, vorhanden; der junge Verband
muß von Aufgaben verschont bleiben, die seinen Bestand
und sein Wirken in Frage stellen. Ein Beschluß ist
leicht gefaßt, aber er kann nicht zurückgenommen werden,
wenn ihn die Urabstimmung nicht scheitern läßt. Wir
bringen dem Verbandstag das Vertrauen entgegen, daß
er bei Allem, was er beschließt, die Kräftigung des
Verbandes erstrebt und denselben glücklich durch alle
gefährlichen Strömungen und Klippen hindurchsteuert.
Er wird der Unterstützung der Arbeitslosigkeit seine
Sympathie nicht verjagen, er wird die Mittel in Er-
wägung ziehen, die dem Verband zu Gebote stehen, er
wird aber auch erwägen müssen, ob Zeit und Umstände
dieser Erweiterung der Verbandsaufgaben günstig sind.

Wir bezweifeln, daß der Verbandstag die Arbeits-
losenunterstützung verwirklichen wird. Der einzige Erfolg
dahingehender Berathungen dürfte die Beauftragung des
nächsten Gewerkschaftskongresses zum Studium dieser
Angelegenheit sein. Dann werden die Resultate und
Erfahrungen derjenigen Gewerkschaften, welche bereits
diesbezügliche Einrichtungen getroffen haben, speziell die
Erfahrungen mit der Beitragserhöhung zusammenzu-
fassen sein, und dem kommenden Verbandstag 1897
eine bessere Berathungsgrundlage geben, um diese Frage
zu entscheiden. Erwarten wir ruhig diesen Zeitpunkt,
der uns auch in anderer Hinsicht manche Klärung über
Bestand und Zukunft unserer Organisationen giebt.
Wir sind keine Gegner höherer Beiträge, wären auch
nicht grundsätzlich abgeneigt, schon jetzt dem Verband
größere Mittel zuzuführen, um denselben kampfes- und
leistungsfähiger zu gestalten, wie auch um der höheren
Beitragsleistung, die sich von Jahr zu Jahr notwendiger
erweist, die Wege zu ebnen. Aber vor kostspieligen
Experimenten ist es unsere Pflicht zu warnen. Und
das kann am besten geschehen, wenn wir auch die
Schattenseiten derselben erörtern. Nur in der Stärkung
der Organisation liegt unser Wohl!

Der unlautere Wettbewerb.

Unter den vielen Vorschlägen, welche im Laufe der
letzten Jahre nicht allein seitens der Regierung, sondern
auch privater Körperschaften, wie z. B. der Handels-
kammern, gemacht wurden, um das Handwerk und den
Mittelstand zu heben, findet sich auch einer, der den
sogenannten unlauteren Wettbewerb bestrafen will,
um dadurch dem Handwerk als auch dem Handel den
Weg zu einem besseren Fortkommen zu ebnen. Aus
den jüngstlichen Organen spricht sich darüber eine unver-
hoffene Freude aus, soll doch nun endlich etwas für
das Handwerk gethan werden. Sie drängen denn auch
mit einer List darauf, daß die gemachten Vorschläge
zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes bald
Gesetzeskraft erlangen, die einer besseren Sache würdig
wäre. So finden wir in „Günther's Tischlerzeitung“
den Satz, daß im Laufe dieser Session eine Reihe
Gesetzesentwürfe zur Verhandlung kommen würden, die
theils recht dringlich seien, und unter diesen nähme
wohl der vorstehende Entwurf den ersten Platz ein;
sollten wirklich Entwürfe für die nächste Tagung parat-
gestellt werden, so dürfte sich der zur Bekämpfung des
unlauteren Wettbewerbes nicht darunter befinden, es
würde sonst ein Wunsch, der wohl in der gesammten
Geschäftswelt getheilt wird, nicht in Erfüllung gehen.
Die Frage des unlauteren Wettbewerbes spielt schon
seit dem Jahre 1889, in welchem die Reichsregierung
die verschiedenen Handels- und Gewerbekammern über
etwa bestehende Mißbräuche befragen ließ und von der

Leipziger Gewerbekammer die Antwort erhielt, „daß
das Eingreifen des Staates gesetzgeberisch nothwendig
sei, es handle sich darum, Treue und Glauben im Ge-
schäftsverkehr des täglichen Lebens gegen eigennützig
Eingriffe zu schützen und zwar in Fällen, in denen der
Käufer kaum in der Lage sei, dies zu thun.“

Dem Wunsche der Befragten ist die Regierung in
so weit nachgekommen, als ein Gesetz zum Schutz der
Waarenbezeichnungen gegeben wurde, und am 1. Oktober
vorigen Jahres in Kraft trat. Zu diesem Gesetze, und
zwar zu § 15, stellte der Zentrumsabgeordnete Noeren
den Antrag, diejenigen Händler und Waarenverkäufer,
welche sich zum Schaden der Käufer oder reeller Händler
eines vorsätzlichen nachweisbaren Schwindels oder Ver-
truges schuldig machten, sollten diesen nicht allein nur
zivilrechtlich für die eventuell entstandene Schädigung
durch unreelle Konkurrenz haftbar sein, sondern auch
strafrechtlich verfolgt werden dürfen. Dieser Antrag
als § 15b wurde in der Gesamtabstimmung am
19. April 1894 abgelehnt, aber eine Resolution ange-
nommen, „die verbündeten Regierungen aufzufordern,
dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen,
durch dessen Bestimmungen dem unlauteren Wettbewerb
im Handel und Verkehr im weiteren Umfange entgegen-
getreten wird.“

Der Staatssekretär von Boetticher versprach, dem
Wunsche möglichst bald nachzukommen, um die Schrei-
hölle nur erst mal los zu werden. Ob der Geset-
entwurf im Laufe dieser Session noch an den Reichstag
gelangen wird, ist fraglich, und wenn ja, werden wir
Gelegenheit nehmen, auf denselben zurückzukommen.
Heute wollen wir uns nur mit dem Wettbewerb befassen,
wie er sich in der kapitalistischen Gesellschaft darstellt.
Wenn wir nicht irren, war es die „Vossische Zeitung“,
welche sich zur Charakterisirung des unreellen Wett-
bewerbes im Handel folgendermaßen äußerte: „Wer
Rüdesheimer Wein und Kölnisches Wasser, wer Solinger
Messerlingen und Sonneberger Spielsachen kauft, will
thatsächlich nur solche Gegenstände haben, die thatsächlich
an diesen Orten verfertigt werden, und es ist ihm nicht
damit gebietet wenn er eine Flasche wohlriechenden
Wassers erhält, die zwar die Bezeichnung „Kölnisches
Wasser“ führt, aber in Karlsruhe oder Berlin hergestellt
ist. Man hat im Reichstage davon gesprochen, daß es
auf Grund der Rechtsprechung des Reichsgerichts möglich
sei, gegen diese fälschlichen Bezeichnungen mit dem Ver-
tragsparagrafen einzuschreiten; das ist nur bedingt
richtig; in manchen Fällen wird allerdings die An-
wendung des § 263 des Strafgesetzbuches mit Erfolg
möglich sein, aber keineswegs in allen oder auch nur
in der Mehrzahl; demjenigen Fabrikanten, der durch
unlautere Konkurrenz in seinen Interessen geschädigt
wird, muß eben der Gesetzgeber in allen Fällen die
Möglichkeit gewähren, sich im Wege der Schadenersatz-
klage einen Ersatz für den ihm zugefügten Verlust zu
verschaffen.“

Sonderbar berührt die Naivität, die aus vorstehenden
Zeilen spricht, man thut, als wisse man garnicht, daß
der Handel bis auf heutigen Tag ausschließlich nur auf
gegenseitiger Uebervortheilung beruht. Gewinne
und hohe Profite sind ohne solche rein unmöglich. Ein
Geschäftsmann, der nur die Gewinne aus dem Handel
ziehen dürfte, die von der „Ehrlichkeit“ erlaubt, würde
sich bedanken, noch länger Handel zu treiben; Verdienst
wird bei ihm groß geschrieben und da scheert ihn die
Ehrlichkeit, soweit sie sich auf mäßige Gewinneinstreichung
bezieht, blutwenig, mag der Geschäftsmann nun Semit
oder Antisemit sein, das spielt dabei gar keine Rolle.

Die alten römischen Kaufleute zum Beispiel waren
nicht so zimperlich wie die Vertreter von 12 Handels-
kammern, die Mitte September des vorigen Jahres in
Braunschweig zu einer Konferenz zusammentraten, um
dort Vorschläge zur Bekämpfung des unreellen Wett-
bewerbes zu machen und gelegentlich erklärten, „daß
die Klagen darüber leider berechtigt und, um „Treue
und Glauben“ wieder zur Geltung zu bringen, es
unbedingt nothwendig erscheine, dagegen einzuschreiten,
da die Selbsthülfe des ehrlichen Handels und Gewerbes
nicht mehr ausreichte.“ — sie, die alten Römer, be-
schönigten und protestirten nicht gegen etwaige Ueber-
vortheilung, sie gestanden solche Jedem zu, es war
Jedem erlaubt, bei Kauf und Verkauf sich gegenseitig
zu betrügen; daß sich auch die heutigen Kaufleute unter-
einander „über's Ohr hauen“ ist bekannt, daß die Kon-
jumenten mit dieser „Lieblingstugend“ aber noch viel
mehr malträtirt werden, ist unbefritten.

Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß wir den
Betrug im Handel billigen, oder ihn, weil er fast zur
Gewohnheit geworden, ja sogar „althergebrachter Brauch“
ist, ungestraft lassen wollten, aber wir sind der Mei-
nung, daß mit den bestehenden Strafparagrafen sehr
wohl auszukommen wäre; aber, und das wollen wir
nicht unerörtert lassen, es handelt sich ja u. A. auch
um die armen Leusel von Hauswurz, denen man mittelst

Strafparagrafen ihr armeliges Gewerbe verleben möchte, und deshalb die Pflichtigkeit, mit welcher man im Reichstage die Nothwendigkeit des § 15b zu begründen versuchte; sagte doch der Abgeordnete Jakobstötter ganz offen, daß sich der unlautere Wettbewerb ganz besonders auf den Hausirhandel erstreckt. „Der Hausirhandel“, sagte er wörtlich, „der besonders den kleinen Handwerkerstand schädigt, das ist nicht der alte ehrliche Hausirhandel, das ist der gegenwärtige schwindelhafte Hausirhandel, bei dem über die Beschaffenheit und Herkunft der Waare durchaus gelogen wird. . . . Bei diesem Handel fängt der ganze unlautere Wettbewerb an, und wenn der durch einen solchen Paragraphen getroffen werden kann, dann würde dadurch dem angefahrenen deutschen Kaufmann und dem kleinen Handwerkerstand außerordentlich gedient sein.“ Da zeigen die Herren ihr wahres Gesicht, denken aber gar nicht daran, daß dem kleinen Handwerker und Kaufmann mit der Beseitigung des Hausirhandels bligwenig geholfen ist; für diese sind Großindustrie und Großhandel diejenigen Faktoren, denen sie in erster Linie ihre mißliche Lage zuschreiben haben.

Im Uebrigen glauben wir nicht, wie schon oben gesagt, daß ein System, dessen Lebensbedingung auf Uebervorteilung beruht, durch Polizei und Staatsanwalt beseitigt werden kann. So lange das Handelswesen in seiner heutigen Form bestehen bleibt, wird auch bis zu einem gewissen Grade die Unreellität des Wettbewerbes sich geltend machen, daran werden Strafgesetze wenig ändern, der Betrug wird doch, wenn auch in anderen, den Umständen sich anpassenden Formen, weiter bestehen. Aber wie kann sich unsere Bourgeoisie, die sich doch bisher in dem geschützten System kannibalisch wohl fühlte, jetzt mit einem Male so bitter über das Verschwinden von „Treue und Glauben“ im Geschäftsleben entrüsten, sie, dieselbe Bourgeoisie, die im heutigen Produktionsprozesse eine dominirende Stellung einnimmt, und bezüglich des unlauteren Wettbewerbes doch so manche Exzess und ungezähltes Elend auf dem Gewissen hat?

Grade in ihrem scheinheiligen Ruf nach Strafgesetzen um den unlauteren Wettbewerb zu bekämpfen, zeigt sich die ganze Hohlheit der Auffassung, die nur auf grobem Eigennutz beruht. Wenn ein Händler deutsche Werkzeuge für englische verkauft oder sein kölnisches Wasser nicht aus Köln bezieht, so machen diese Pharisäer ein großes Geschrei; wenn aber ein Unternehmer, um seinem Konkurrenten ein Absatzgebiet abzujauchen, sich des recht schmutzigen Mittels der Ausbeutung seiner Arbeiter bedient, wenn er sich der männlichen theureren Arbeitskraft entledigt, und billige weibliche oder gar schwache Kinderhände beschäftigt, die Arbeitszeit in's Ungemessene ausdehnt und die Löhne immer mehr herabdrückt, um Produktionskosten zu ersparen, und zwar nur — um zu Schleuderpreisen verkaufen zu können, ist das etwa kein unreeller Wettbewerb? Sind es hier nicht die Produzenten, die dem unlauteren Wettbewerb im Handel in erster Linie Vorschub leisten? Und warum nennt man diesen Erwerb nicht beim richtigen Namen?! Weil in der kapitalistischen Weltordnung die Aneignung unbezahlter Arbeit dem erlaubt ist, der sich im Besitze der Produktionsmittel befindet!!

Wenn hin und wieder einmal Jemand imitierte Waaren für echte verkauft, der schädigt nur Einzelne; wer aber die Ausbeutung der Arbeiter zum Zwecke der Gewinnanhäufung betreibt, der schädigt nicht allein diese selbst, sondern auch diejenigen geschäftlichen Kreise, die von den Arbeitern abhängig sind, folglich richten die Ausbeuter einen allgemein volkswirtschaftlichen Schaden an; aber trotzdem will die kapitalistisch-bürgerliche Gesellschaft in der getauften Milch, in dem gefälschten Kölner Wasser, in den imitierten Solinger Messerlingen ein größeres Unglück erblicken, als wenn Tausende von Arbeitern um ihren rechtmäßig verdienten Lohn indirekt bemogelt werden und demgemäß ihre Lebenshaltung einschränken müssen.

Diese Widersprüche werden auch so lange bestehen bleiben, als die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft dieselben sein werden. Daß durch Strafparagrafen der „unlautere Wettbewerb“ beseitigt werden kann, glauben wir nicht, mögen auch durch Beschränkungen einzelner Hausir- und sonstiger Handelsgeschäfte, zu denen auch die sogenannten Schwindelauctionen gehören, den „reellen“ Geschäften einige Vortheile erwachsen, im Verhältniß zum Ganzen bleibt die Sache völlig belanglos. Wie bekanntlich nach dem alten Sprüchwort, der Teufel in der Noth fliegen frist, so werden sich diejenigen, denen man durch Polizei und Strafgesetze beizukommen sucht, auch zu helfen wissen; der Schwindel und Betrug wird dann, in neue Formen gekleidet, immer wieder auf der Bildfläche erscheinen, und zwar so, daß die Gerichte machtlos dagegen sein werden;

und damit sind wir denn immer wieder beim Alten angelangt.

Im Uebrigen überlassen wir es unseren Lesern, ob sie über die Idee der zwölf in Braunschweig versammelt gewesenen Handels- und Gewerbetammern, daß wieder „Treue und Glauben“ der regulirende Faktor im kapitalistischen Produktions- und Zirkulationsprozesse sein müsse, lachen oder weinen wollen!

Zum Befähigungsnachweis.

Bekanntlich ist in Oesterreich für circa 50 handwerksmäßige Betriebe der Befähigungsnachweis eingeführt. Derselbe bietet jedoch, wie die „Oesterreichisch-ungarische Tischler- u. Tapezierer-Zeitung“ schreibt, den Behörden aller Instanzen Stoff genug zu Entscheidungen, die sich allzu oft direkt widersprechen, die aber immer Haß und Erbitterung erzeugen und oft zu einem unüberwindlichen Hinderniß für jede weitere Entwicklung des Handwerks werden.

Die Grenze zwischen Fabrikbetrieb und Handwerk ist bekanntlich in der Weise gezogen, daß die Zahl von mindestens 20 Arbeitern das Kennzeichen abgiebt, wo der Fabrikbetrieb anfängt, der Befähigungsnachweis fortfällt. Wer nur 19 Arbeiter beschäftigt, ist Handwerker, wer 20 Arbeiter hat, Fabrikant und unterliegt dem Normalarbeitsstage, der Unfall- und Krankenversicherung. Dadurch werden nun alle möglichen Streitigkeiten hervorgerufen. Wenn ein Fabrikant, durch plötzlichen Umschwung in der Geschäftslage gezwungen, seine Arbeitszahl unter 20 herabsetzt, so verlangt man ihm den Befähigungsnachweis ab oder droht mit der Sperrung des Betriebes. Andererseits wird die Genehmigung zu einer Neuanlage nur erteilt, wenn der Unternehmer mindestens 20 Arbeiter zu beschäftigen sich verpflichtet.

Doch der größte Theil der Zwistigkeiten wird von den Kleingewerbetreibenden untereinander oder gegen die Händler ausgefochten, und um hier zu urtheilen, müssen die zuständigen Verwaltungen alle möglichen Verfügungen und Erlasse benutzen, die aus Voraussetzungen entstanden, für die Gegenwart nicht mehr passen und oft im schreiendsten Widerspruch zu den Bedürfnissen unserer Zeit stehen.

Es ist aus diesen Gründen nicht zu verwundern, daß in dem Lande, in dem nach Voraussetzung der deutschen Künstler, das Handwerk seinen „goldenen Boden“ gefunden haben müßte, trotzdem Stimmen laut werden, die die Beseitigung des Befähigungsnachweises, dieses Pfeilers der deutschen Künstler, fordern. So finden wir z. B. in einem Buche, betitelt: „Die Aufhebung des Befähigungsnachweises in Oesterreich“ folgende kritische Schilderung, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen glauben:

Fleischhauer und Fleischhändler kämpfen um die Herstellung der Würst, die Letzteren siegen, müssen aber den Bauern das heiligmäßige Herbschweinefleisch des Schweinefleischens überlassen und den Pferdefleischhauern die Herstellung von Pferdewurst. Die Federhändler befreiten den „Kaputtlern“ das Recht, außer den gerupften Kaputteln auch die Federn zu verkaufen, unterliegen aber, weil die Handelskammer die Bedrohung durch die ausdrückliche Bestimmung der Wiener Innungsordnung anni Domini 1742 rettet. Den Bädern auf dem flachen Lande wird ihr uralter Mehlhandel von den verschiedenen Handelskammern bald abgeprochen, bald zuerkannt, bis das Ministerium diesen Handel allen Bädern gestattet, die vor dem Jahre 1859, vor der Einführung der Gewerbefreiheit, ihn betrieben haben. In der Stadt kämpfen sie mit den Zuderbädern und schließlich erringen sie durch Verordnungen von 1777, 1793 und 1798 das Recht, außer Brot und Semmel noch „Zuderlinsen, Zwiebeln, Kuchen, Brezel, Duffel, Krapsen und Zwieback“ zu verfertigen. Das Ziergebäck aber nimmt ihnen ein Ministerial-Ertheil. Die Zuderbäder wiederum werden von den Spielwaarenhändlern verlagert, weil sie ihrer Verpackung die Form von Spielwaaren, „Attrappen“, gegeben haben, und Klagen selbst gegen die Kaffeefeder, sie dürften das Geptorene niemals selbst erzeugen, sondern ausschließlich von ihnen beziehen, worauf die Kaffeefeder ausführen, die Note der niederösterreichischen Landesregierung vom 6. Juni 1794 jähre das Geptorene nicht unter den Gewerbsartikeln auf, die den Zuderbädern allein zusteht. Auch den Gugelbupf dürfen die Kaffeefeder haben, aber kein Badwerk ohne Kaffee verkaufen. Auch Zimmerleute und Tischler legen sich in der Haaren. Die Ersteren dürfen nur ungeleimte Sachen herstellen, namentlich keine Fenster- und Thürstöcke, keine Hausihore und keine Dielen, wenn sie geleimt sind. Ein Dorfischer, der eine alte, von ihm angebejjerte Schulbank angefrischen hatte, machte sich nach Antrich einer Handelskammer dadurch einer Gewerbsföderung schuldig; er sei nur berechtigt, neue Möbel, keine alte, in seinem Falle aber Fenster und Thüren, seien sie neu oder alt, anzufreichen. Erst die Ministerial-Instanz gab dem Tischler mit seiner Bank Ruhe. Eine andere Handelskammer wird dem Landtischler Glas- und Anreicherarbeiten gestatten, eine dritte spricht ihm das vollstänbig ab, erlaubt dem Spengler die Dachrinnen zu streichen. Die Anreicher versuchen, die Zimmermaler zu zwingen, die Grundirung nicht selbst aufzutragen, sondern dazu jedesmal die Anreicher zu rufen, und verlieren erst in der höchsten Instanz. Ebenso fordern sie, daß nicht bloß andere Geschäftleute, sondern auch die Privatleute selbst sich nichts anstreichen; zum mindesten sollen die Farbenhändler den Privatleuten keine Farben verkaufen dürfen. Die Leichenbestattungs-Gesellschaften können sich erst durch einen langen Prozeß das von Tapezierern, Matragern und Fedemachern besrittene Recht, das keine Sorgen für die Leiche selbst zu stoßen. Während so die Handwerker untereinander den erbittertesten Kampf führen, gerathen sie unangelegentlich in Streit mit den Händlern. Auch hiervon erzählt Siegmund Rager sehr ergötzliche Geschichten, von denen hier jedoch nur die schönste Blüthe erwähnt sei: die Wagenmacher beanspruchten das ausschließliche Recht zur Erzeugung landwirthschaftlicher Reiskissen auf Grund eines Privilegiums vom 26. Juli 1776 und des Vorhandenseins von „Rädern“ bei diesen Reiskissen.“ Ob die preußisch-deutschen Kämpfer für Befähigungsnachweis wohl viel weniger Scherereien haben würden, wenn die Regierung ihrem Herzenswunsche nachkäme? In der dritten Lesung ist der Befähigungsnachweis wiederum angenommen, es ist aber, wenn auf die bisherige ablehnende Stellung der Regierung auch diesmal zu bauen ist, keine Aussicht vorhanden, daß derselbe gesetzliche Sanktion erhalten wird; und diese Ablehnung wäre im Interesse der deutschen Handwerker dringend zu wünschen.

Die Freiheit der Presse

findet im „Nordb. Volks.“ folgende Illustration: „Das gedruckte Wort ist eine Nacht, der sobald nichts gleicht; aber das Wort muss frei sein. Sofern das Wort nicht frei ist und der Schriftsteller an den Fesseln seines eigenen Geistes Festerarbeit verrichten muß, ist das gedruckte Wort zumeist nur der Schatten dessen, was es ausdrücken soll. Nichts ist von allen großen Geistern so oft begehrt worden wie das freie Wort, wie die Freiheit der Presse, und nichts ist soviel angefeindet und als der Anfang vom Ende hingestellt worden wie die Freiheit der Presse. Wer immer den Beruf oder das Bedürfnis in sich fühlt, ob nun als Einzelner seinen Nebenmenschen oder als großer Staatsmann ganzen Völkern oder Klassen den Fuß auf den Nacken zu setzen, dem ist das freie Wort, die freie Presse ein Gräuel und er sucht die freie Presse für Dinge verantwortllich zu machen, die ganz Andere, in diesen Fällen er selbst, verschuldet haben, um diese Presse nur knebeln zu können. Obgleich nur in wenig Ländern die Presse vollkommen frei ist, so schreibt die vereinigte Reaktion heute doch überall nach Maßnahmen gegen dieselbe und zwar schreibt sie in jenen Ländern am meisten, wo der Presse ohnedem schon genug Fesseln gelegt sind. Es erscheint daher geboten, um der Bevölkerung im Großen und Ganzen die Bedeutung des Kampfes für und wider die freie Presse so recht zum Bewußtsein zu bringen, einige Aussprüche bedeutender Männer über dieses wichtige Kapitel anzuführen. Alle, welche für die vollste Freiheit der Presse eintreten, befinden sich in der denkbar besten Gesellschaft; sie können sich auf Männer berufen, die auf der Menschheit Höhe wandelten. In seinem berühmten Werke „über den Menschen und seine Erziehung“ sagt der französische Philosph Helvetius: „Die Presse hemmen, heißt die Nation gräßlich beleidigen; ihr das Leben gewisser Schriften unterlagen, heißt sie für eine Sklavina oder blödsinnig erklären.“ Der englische Dichter Milton rief einmal warnend: „Eine gemäßigete Schrift ist ein Funke der Wahrheit, welcher denen ins Gesicht fliegt, die ihn auszutreten versuchen.“

Unter der Herrschaft der rücksichtslosesten Zensur schrieb Courier, der bedeutendste französische Pamphletist im Jahre 1819: „Laßt die Leute sprechen, laßt sie tabeln, Dich verdammen, einsperren, — aber verdamme Deine Gedanken. Das ist nicht Dein Recht, das ist Deine Pflicht — eine sehr strenge Pflicht für Jeden, der einen Gedanken hat, ihn niederzuschreiben und zum allgemeinen Besten zu veröffentlichen. Was Du für gut hältst und nützlich für Andere, Du darfst es mit gutem Gewissen nicht verschweigen. Neben ist gut, aber Schweigen ist noch besser und drucken lassen ist eine vortreffliche Sache. Ein Gedanke, in kurze, klare Worte gefaßt, mit Beweisen, Beispielen, Dokumenten, ist, wenn er gedruckt ist, die beste, häufig auch tapferste That, die ein Mensch in dieser Welt vollbringen kann. Gerade die Verfolgung ist es, die den Worten Glauben verschafft. Keine Wahrheit hat sich noch ohne Märtyrertum Bahn gebrochen. Man kann Andere nicht überzeugen, ohne für seine eigene Ueberzeugung gelitten zu haben, und der Apostel Paulus jagt mit Recht: „Glaube mir, denn ich bin oft im Gefängniß.“ — Schreibe, so lange Dir der Stoff nicht ausgeht. Bedenke den Völkern das Evangelium, und man wird Dich hören, wenn man sieht, daß Du verfolgt wirst. Du brauchst diese Unterstüzung der Staatsgewalt, Deine Aufgabe ist, zu sprechen, die ihre, durch die Anklage die Wahrheit Deiner Worte zu beweisen. Wenn Ihr Euch verständigt und Euch in dieser Weise unterstüzt, so werdet Ihr die ganze Welt überzeugen.“ — Was sagen denn die Freunde der Unsturzvorlage dazu?

Sklaverei.

Ueber dieses Thema schreibt der „Gild auf“:

„Oftmals eröffnen uns die einfachen Thatsachen unscheinbarer Zeitungsnottizen den Blick in eine Welt des Uebermuths und des Elends. Der Philisther mag achlos darüber hinwegsehen; wenn wir aber in amerikanischen Blättern verzeichnet finden, daß es in New-York und Breslau zusammen elfshundert Millionen giebt, so machen wir halt bei dieser Erleichterung, denn sie lehrt uns mehr, als mancher dicke Band abstrakter philosophischer Betrachtungen uns lehren kann. Elshundert Millionen in einer einzigen großen Stadt! Und wie viel große, mittlere und kleine Exzessen müßten vernichtet werden, um diese Konzentration zu ermöglichen. Wie viele müssen noch täglich vernichtet werden, damit diese Kapitalisten ihre „Bedematur“ betheiligten können. Von diesen elfshundert Millionen besitzen 120 zusammen eine Jahreseinnahme von 100 Millionen Dollars, also rundgerechnet 400 Millionen Mark.

Wir wollen einmal unteruchen, wie viel Menschen erforderlich sind, um mit ihrer täglichen Arbeit das Jahreseinkommen dieser 120 Millionen aufzubringen. Dabei wollen wir zunächst deutsche Verhältnisse zu Grunde legen. Nehmen wir an, es werde ein Arbeitstagn von 8 3 pro Tag gesucht bei zehnständiger Arbeitszeit. In der Stunde produziert der Arbeiter dabei 50 3 an Werth. Er braucht dann sechs Stunden Arbeit, um seinen Lohn von 8 3 einzubringen, in den vier Stunden, die er darüber hinaus arbeitet, schafft er Mehrwert, der in die Tasche der Kapitalisten fließt. Der Mehrwerth beträgt in dem angenommenen Fall 8 2 pro Tag. Nehmen wir 300 Arbeitstage im Jahre, so produziert der einzelne Arbeiter jährlich 8 600 Mehrwerth. Dieser Mehrwerth stellt nicht den reinen Unternehmergewinn dar, denn der Kapitalist muß davon noch Verchiedenes ablassen, wenn die Waaren in Zirkulation treten. Aber nur, um die Summe von 400 Millionen Mark Mehrwerth zu schaffen, ist eine Arbeitermasse von 666 666 Köpfen, genau mit 666 666 3 Arbeitstagen nothwendig. Wenn man den reinen Unternehmergewinn herstellen würde, so kämen noch mehr Arbeitskräfte heraus, die erforderlich wären.

Unter den amerikanischen Zuständen werden sich die Ziffern etwas anders herausstellen, denn in den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Löhne noch viel höher als in Deutschland, wobei in Amerika geschleier wird, als bei uns. Wir wollen aber annehmen, daß in Amerika 600 000 Menschen nötig sind, um das jährliche Einkommen von 120 Millionen zu erarbeiten. Haben wir uns von der Schaar des Alterthums im 19. Jahrhundert weiter entfernt, oder haben wir uns denselben wieder genähert? Jedenfalls gab es im Alterthum keine 120 reichen Leute, die zusammen über 600 000 Sklaven geboten und dieselben Tag für Tag für sich arbeiten lassen konnten.

Diese Millionen sind an und für sich recht gleichgültige Leute. Einige von ihnen werden für durch besondere Thaten des Verstandes oder des Herzens ausgezeichnet haben, andere auch gar keine.

Sie sind für uns und an sich für die 600 000 Arbeiter ebenfalls ganz gewöhnliche Schulze oder Müller. Ihres Daseins Zweck ist Erwerb, Anhäufung von Kapitalien, die sie wieder verbrennen anlegen. Und die Kapitalien dieser Herren Schulze oder Müller zinstragend zu machen, das ist der Lebenszweck von mehr als einer halben Million Menschen. Ist der Lebenszweck dieser Menschen vielleicht ein höherer, als der jener egyptischen und nubischen Sklaven, welche ihr Dasein damit ausfüllen mußten, Straßgassen zum Andenken an egyptische Könige aufzuschichten? Wir überlassen es der Entscheidung hochwohlweiser Professoren, ob es kulturgeschichtlich wichtiger ist, Pyramiden zu bauen oder den Millionären Schulze und Müller die Mittel zur Erschließung der irdischen Genüsse zu verschaffen. Die Knechtschaft selbst ist in beiden Fällen unserer Meinung nach gleich menschenunwürdig. Nimmt man noch die Familien der Arbeiter hinzu, so ist eine Menschenmasse von über einer Million Köpfen an das Dasein der 120 Schulze und Müller gekettet, kann sich über ein gewisses Niveau der Lebenshaltung nicht erheben und steht sich die Pforten der Bildung und der Lebensgenüsse verschlossen, nur weil die Pflicht besteht, für die Hundertundzwanzig ganz gleichgültigen Müller und Schulze jährlich 400 Millionen Mehrwert zu schaffen und in dieser höchsten Pflicht aufzugehen. Es ist ein schlechter Trost, daß die Nationalökonomien der herrschenden Klassen diese alljährliche Leistung als eine Vermehrung des Nationalwohlstandes bezeichnen, denn jeder Arbeiter weiß, daß die 400 Millionen in den Taschen der 120 Schulze und Müller verschwinden und der Gebante, Mehrer des Nationalwohlstandes zu sein, kann unter diesen Umständen kaum das Dasein versichern. Dies sind die Auswüchse des Kapitalismus, die drüben in der großen Union beim Großbetrieb am deutlichsten in die Erscheinung treten. Sie beweisen, daß die kapitalistischen Produktionsformen sich rasch auszuheben beginnen. So wenig die Menschheit die antike Sklaverei ertragen konnte, so wenig wird sie die moderne ertragen!

Sozialpolitische Kundgebung.

Das Zeugniszwangsverfahren ist gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, Genossen Böhm, eingeleitet, weil er sich weigert, den Einsender der Verfügung des niederrheinischen Landrats über die Kennzeichnung sozialdemokratischer Rekruten zu nennen. Zunächst ist eine Strafe von 1.50 oder 7 Tagen Haft über ihn verhängt. In der Begründung heißt es, er müsse Zeugnis ablegen, da es sich nicht um eine Strafsache, sondern um ein Disziplinarverfahren gegen Ungenannt wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit handle. Dagegen ist Beschwerde eingelegt.

Wie die Regierenden auf ihren Reisen über die wirklichen Verhältnisse geklärt werden, ist wieder aus einer Notiz der Frankfurter „Vollstimmte“ zu ersehen. Darnach soll der Handelsminister v. Berlepsch der Stadt Forst einen Besuch abstatten wollen, oder er hat ihn — wir wissen's nicht — inzwischen vielleicht schon gemacht. Kurz und gut, seitdem der Besuch vom „Forster Tageblatt“ angekündigt war, konnte man in einigen Fabriken eine febrile Tätigkeit beobachten. Fenster, Treppen, Aborte usw., die Jahre lang weder Wasser noch Seife gesehen hatten, wurden und werden geputzt, schmutzige Arbeitskleider frisch geputzt, Maschinen auf des Sanberste geprüft, und jedenfalls bemüht sich die Arbeiter nicht zu wandern, wenn sie von Prinzipal oder Werkmeister die Meinung erhalten, während der Tage, wo der hohe Besuch in der Stadt Forst weilt, im Sonntagssamstag zu erscheinen, sofern sie bei ihren niedrigen Löhnen überhaupt einen haben. Ob die Establishments, die der Minister besichtigen sollte, bereits bestimmt waren, ist nicht bekannt. Unmöglich wäre es ja nicht, meint die „Vollstimmte“, sei doch das Unternehmertum oft darauf bedacht, das Fleisch und die Kräfte der arbeitenden Klassen in herrlicher Weise zu verbrennen.

Am beinahe drei Millionen betrogen haben deutsche Fabrikanten, die Schulze von Dron und Alfer, den deutschen Rückwärts des republikanischen Steuerzahler, wie der Zentralratspräsident Müller in der Sitzung der Budgetkommission mitteilte. Der Gesamtverlust nämlich bei dem Kapital Verlust der Rückstellungen eines Sachverständigen über Schäden der Rückstellungen durch die Rückstellungen während der Zeit angeblich wegen Steigerung der Rückstellungen ein Betrag von 415 000 verlangt, erklärt der Sachverständige, dessen Anträge werden, daß ungeachtet der Rückstellungen von mehr als 200 000 gerechtfertigt sein würden. Seit 1891 hat die Rückstellungen die feste Konkurrenz bei der Rückstellungen ausgeglichen. Es werden nur bestimmte Gebühre für die einzelnen Betriebsämter zugelassen mit Rücksicht auf die Befähigung zur Zeit der Rückstellungen. Bei dieser beschränkten Subvention haben sich innerhalb der Rückstellungen Rückstellungen gebildet. Es werden ausführliche Rückstellungen gemacht, daß die Fabrikanten in dem Ring sich in zwei Serien teilen, um höhere Preise zu erzielen. Es ist nämlich vorgeschrieben, daß die Durchschnittspreise auf den Subventionen bezahlt werden sollen. Um nun hohe Durchschnittspreise zu erzielen und zu verhindern, daß die Rückstellungen den Angehörigen des Ringes höchsten billigen Subventionen zugewiesen werden, stellt die Serie in dem Ring ohne Rücksicht einer Befähigung außerordentlich hohe Preise bei der Subvention im Interesse der anderen Serie. Es wird berechnet, daß auf diese Weise bei Rückstellungen dieser Rückstellungen die Rückstellungen bei Rückstellungen um 2 750 000 gekürzt ist. Diese Rückstellungen erzeugen große Sensation. Eine der Rückstellungen Rückstellungen entgegenstehende Rückstellungen wurde angenommen und die im Etat verlangte Rückstellung von 400 000 für Rückstellungen abgelehnt.

Ueber die Thätigkeit des Hamburger Gewerbegerichts in den Jahren 1892 und 1894

Ziffern vor:	1892	1894
Anzahl gemachter Klagen	2594	2454
Beschuldigungen	3566	3492
Beschäftigte	922	1154
Beschäftigte	1161	1148
Beschäftigte	291	479
Beschuldigungen	363	360
Beschuldigungen	137	112
Beschuldigungen	65	47
Beschuldigungen	175	225
Beschuldigungen	3488	3474
Beschuldigungen	342	360

	1893	1894
Gesamtsumme der Klageobjekte	99 282,39	96 874,72
Zur Zwangsvollstreckung verwiesen	21 513,38	21 095,06
Eingegangene Prozeßgebühren	2 889,62	3 054,11
Infolge Vergleichs zurückgezahlt	965,02	1 143,71
An die Staatskasse abgeliefert	1 924,60	1 910,40
Wegen Unpfändbarkeit nicht einziehbar		
Gebühren	166,75	189,87

Das Klageobjekt betrug:
 zwischen M. 100—500 in 1893 1894
 „ 500—1000 „ 9 9
 „ 1000—2000 „ 3 1
 in allen anderen Fällen unter M. 100.
 Von den in der Berufungsinstanz 1892 1893 1894
 befindlich gemachten Sachen rekurrieren 3 5 —
 Es kamen hinzu..... — — 13
 Insgesamt 21 Sachen, von denen 9 erledigt wurden, so daß sich noch 12 Sachen in der Berufungsinstanz befinden.

Die Mehrzahl der Klagen entfiel auf folgende Gewerbezweige:

	1892	1893	1894
Gastwirth	416	330	415
Maurer	274	196	164
Tischler	228	213	130
Schneider	204	169	144
Malter	139	111	104
Fuhrherren	110	105	101
Bäcker	88	93	104
Bleicher	105	91	86
Kaufleute	68	81	71
Mechaniker	82	86	50
Zimmerer	119	52	43

Ueber die Thätigkeit des Altonaer Gewerbegerichts in den Jahren 1892, 1893 und 1894

Ueber die Thätigkeit des Altonaer Gewerbegerichts in den Jahren 1892, 1893 und 1894 liegen folgende Ziffern vor:

	1892	1893	1894
Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer	3	12	9
Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber	253	371	316
Arbeiter gegen Arbeiter	—	1	2
Gesamtzahl der Klagen	256	384	327
Von diesen Klagen wurden vor der Verhandlung zurückgezogen	11	9	8
Vom Vorsitzenden abgemittelt wurden erledigt:			
Durch Versäumnisurtheil	—	2	—
„ Endurtheil	—	2	—
„ Vergleich	1	8	—
„ Zurücknahme der Klage	—	2	—
Vor bejeht. Gewerbegericht wurden erledigt:			
In Sitzungstagen	53	56	52
Durch Versäumnisurtheil	11	38	39
„ Endurtheil	126	177	151
„ Vergleich	89	106	90
„ Zurücknahme der Klage	16	37	31

Um ein Klageobjekt bis M. 20 handelt es sich in 102 Fällen
 „ 20—50 „ „ 89 128 132
 „ 50—100 „ „ 33 65 41
 „ 100—200 „ „ 14 21 16
 „ 200—300 „ „ 4 5 4
 über 300 „ „ 14 7 10
 Berufung wurde eingelegt in 3 8 2
 Unverletzt blieben 2 3 8
 Die meisten Klagen entfielen auf folgende Gewerbezweige:

	1892	1893	1894
Tischler	45	47	29
Gastwirth	17	36	37
Maurer	22	22	22
Schloffer und Schmiede	19	28	17

Arbeiterwohnungen. Daß die sogenannten Aktienbauvereine für keine Wohnungen nicht bauen, um den Arbeitern billige Wohnungen oder richtiger gute, den familiären und sittlichen Verhältnissen entsprechende Wohnungen für billiges Geld zu bauen, sondern daß auch bei ihnen die Hauptfrage die ist, was kann die Gesellschaft dabei verdienen, beweist u. A. auch eine Besprechung von Aktienbesitzern einer Bauvereinsgesellschaft in Frankfurt a. M. Man beschwert sich zunächst, daß die Bauvereinsgesellschaft dem Projekt allerlei Hindernisse in den Weg lege, ohne sonderlich berechtigt erscheinende Gründe dafür zu haben. Dann heißt es, daß von Seiten der früheren Faktorkommission behauptet würde, die vorgelegten Pläne seien mangelhaft; verschwiegen sei aber, daß eine Verbesserung, die mehr Platz erfordere, aber auch mehr Geld koste. Die Aufgabe besteht darin, sagte ein Redner, in den großen Häusern eine Anzahl Wohnungen für gewöhnlich bezahlte Arbeiter zu schaffen. Es fragt sich, was für denjenigen Theil eines Wochenlohnes von M. 15 bis 18, den ein Arbeiter mit Familie entbehren kann, zu bieten ist. Berliner Architekten haben auf dem Armenpfleger in Frankfurt erklärt, daß diesen Arbeitern eben Einzimmerwohnungen zur Verfügung gestellt werden müßten. Der hannoversche Bau- und Sparverein hat zur Verfügung die Zahl der Aborte reduziert. Hier hat man nun wieder das Eine, noch das Andere gewollt und ist vielleicht, wie der Redner meinte, in dem Versuch, außer den zwei Zimmern und Abort auch eine Küche zu liefern, zu weit gegangen. Die Gesellschaft hat gegen das Weglassen der Küche, wodurch sofort alle Kassen befreit und die Aborte direkt an die Straße gelegt werden könnten, nichts einzuwenden und bezügliche Pläne bereits vorgelegt.

Diese von uns gezeigten Pläne waren mehr als hundert Besprechungen, daß die Aktienbauvereine nur im Interesse der Arbeiter handeln wollen.
 Ist der Arbeiter infolge seines geringen Verdienstes nicht im Stande, eine Wohnung von zwei Zimmern, Küche und besonderem Abort bezahlen zu können, so mag er sich, wie der Berliner Architekt sagt, mit einer Einzimmerwohnung begnügen, oder wie der hannoversche Bau- und Sparverein erklärte, mit mehreren Familien gemeinsam ein Kloster bewohnen. Ob durch solche „Küchliche“, Strohlichter und Gesundheit gefördert oder gar, wie im ersten Falle, die Arbeiter mehr Freude an ihrem „Gem“ haben werden, mag jeder vernünftige Mensch bestimmen. Herr Architekt Sammerwein betonte zudem noch, daß die Gesellschaft mit der Preisung der Küchen aus den billigen Woh-

nungen keine Verschlechterung erkenne (!) und selbst solche Pläne vorgelegt habe. Wir wollen aber auch anerkennen, daß sich Herr Sonnemann entschieden für eine Verbesserung der Wohnungen ausgesprochen; befremden muß es aber, daß er meinte die Gesellschaft (d. h. die Bauvereinsgesellschaft) habe die Löhne der Arbeiter zu niedrig taxirt, man könne gern die Mietpreise etwas höher stellen, denn die Löhne seien im Steigen begriffen (!!) (natürlich wenn er dieselben durch die schon gefärbte Brille der Sozialistendruckerei, deren Arbeiter, wie er sagt, und was wir auch glauben, etwas mehr wie andere Arbeiter verdienen. R. d. Holzarbeiterztg.), 25 pKt. des Verdienstes können für Miete gerechnet werden, die kleine Mehrausgabe käme den Leuten wieder dadurch zu Gute, daß eine bessere Wohnung sie an die Häuslichkeit gewöhne und fessle.“ Natürlich, erst müssen die Arbeiter für die Privathausbesitzer arbeiten und nachher für die Aktionäre der Bauvereinsgesellschaften 25 pKt. von M. 800 und noch weniger Einkommen hergeben, weitere 25 pKt. für direkte und indirekte Steuern und sonstige Versicherungsbeiträge, und mit dem dann noch übrig bleibenden Theil der Arbeiter sehen, wie er sich und seine Familie durchschlägt. Das wird auch die unter dem Schein der „Menschenwohlthätigkeit“ wirkenden Aktienbauvereinsgesellschaften wenig kümmern, wenn nur ihr Aktienkapital anständig verzinst wird, und dann noch ein paar Prozenthe übrig bleiben.

Der ortsübliche Tagelohn in Deutschland beträgt nach einer Mittheilung des „Sozialpol. Zentrabl.“ in Berlin für den Mann M. 2,70 und für die Frau M. 1,50. Die höchsten Löhne in ganz Deutschland scheinen augenblicklich in Helgoland gezahlt zu werden, wo der ortsübliche Tagelohn für Männer sich auf M. 3,25 und für die Frauen M. 1,75 beläuft. Im Uebrigen werden im Regierungsbezirk Schleswig, wozu auch Helgoland gerechnet wird, in Kiel zum Beispiel M. 2,70 für Männer und M. 1,60 für Frauen als ortsüblicher Tagelohn festgesetzt; in Altona steigt der ortsübliche Tagelohn sogar auf M. 3 für Männer und M. 2 für Frauen. Gleich hoch ist der ortsübliche Tagelohn in Hamburg und Bremen; in der zuletzt genannten Stadt ist aber für Frauen als Tagelohn nur M. 1,75 angelegt. In Schlesien finden wir die niedrigsten Tagelöhne. Im Kreise Müllrich sind für Männer nur 85 \mathcal{A} und für Frauen nur 50 \mathcal{A} angelegt; in den Kreisen Frankenstein, Oels, Nimptsch und noch anderen beträgt der Tagelohn der Männer 90 \mathcal{A} und derjenige der Frauen 60 \mathcal{A} . Sogar in Posen findet man so niedrige Tagelöhne nicht wie in Schlesien. Im Westen des Reiches steigen die Löhne wieder. In Minden ist M. 1,80, in Münster M. 2, in Köln M. 2,50, in Wiesbaden M. 2, in Frankfurt a. M. M. 2,50 und in Mainz M. 2,20 der ortsübliche Tagelohn für Männer. In München beträgt der Tagelohn für Männer M. 2,30, in Dresden M. 2, in Leipzig M. 2, in Stuttgart M. 2,50, in Schwerin M. 2, in Weimar M. 1,80, in Gotha M. 1,60 und im Bezirk von Waldeck und Pyrmont M. 1,50. In den Reichsländern scheinen im Allgemeinen höhere Löhne gezahlt zu werden als im übrigen Deutschland. Der höchste Lohn der Männer mit M. 2,50 ist für Metz festgesetzt, es folgen Straßburg mit M. 2,20, Weissenburg mit M. 1,80. Der zuletzt erwähnte Lohn ist der niedrigste in den Reichsländern; die Löhne der Frauen schwanken hier von M. 1,80 bis M. 1,10.

Wie groß die Zahl Derer ist, die sich auf der Reise befinden und gerne arbeiten möchten, beweisen uns einige Ziffern, die wir der „Hildesheimer Zeitung“ entnehmen. Dort heißt es, daß in Hildesheim im vorigen Jahre 12 578 Durchreisende (gegen 11 676 im Vorjahre) in der „Herberge zur Heimath“ verpflegt worden sind, von denen 8744 unter 30 Jahre, 2198 zwischen 30 und 40, und 1636 über 40 Jahre alt waren. Nur 1892 Personen konnte Arbeit nachgewiesen werden. Aber trotzdem behaupten saite Bourgeois, daß, wer arbeiten wolle, immer Arbeit finden könne.

Zum Submissions-Untersuchen. Folgende Notiz finden wir in Günther's „Nichtler-Zeitung“: „Für den Neubau einer Kirche nebst Pfarrhaus in Dortmund war eine Submission auf Lieferung der Tischler- und Schlofferarbeiten ausgeschrieben worden. Die Differenzen zwischen den niedrigsten und höchsten Angeboten waren wiederum ganz unglücklich hoch. So offerirt Hamjon-Wiest. von dieselben Kunstschlofferarbeiten für M. 780, welche Langer & Weisinger-Berlin nicht unter M. 1932 liefern können. Für die sonstigen Schlofferarbeiten fordert Kostoth-Dortmund M. 399,50, während H. Fuchler-Rudenwalde sie für M. 930,40 offerirt! Ob wohl die ausschreibende Gemeinde diesen unerhörten Unfug, der doch nur auf der Verwendung schlechten Materials und dem schamlosen Trüben der Lieferanten und Arbeiter basiren kann, dadurch unterstützen wird, daß sie die Arbeit dem Mindestfordernden überträgt?!“
 Endlich einmal ein recht vernünftiges Wort von unserer Kollegin!

Gegen den Submissionsunfug wenden sich die sozialdemokratischen Abgeordneten des händischen Reichstages. Sie brachten eine Vorlage ein, wonach bei Submissionsofferten für Arbeiten, die für den Staat ausgeführt werden, eine Gewähr dafür geliefert werden soll, daß der Arbeitslohn zur rechten Zeit bezahlt und daß ein Minimallohn festgesetzt werde. Ferner soll eine Maximalarbeitszeit, die zehn Stunden (Freizeit und Ruhestunden abgerechnet) nicht überschreiten darf, festgesetzt werden. Die Vorlage wurde vom Arbeitsminister sehr scharf angegriffen und fand auch bei den übrigen Mitgliedern des Hauses keine günstige Aufnahme. Dieselbe wurde schließlich einem Ausschusse überwiesen.

Natürlich wird die Vorlage abgelehnt werden, da die Löhne der Arbeiter eben überall in allen „christlichen“ Staaten eben solche sind.

Vom Fortschritt des Großbetriebes. In der New-Yorker Wochenschrift „The Nation“ („Die Nation“) vom 3. Januar sind hochinteressante Beispiele des Sinkens der Produktionskosten angeführt. So sind u. A. Drahtstifte heute schon so billig, daß ein Zimmermann, der bei der Arbeit einen Nagel fallen läßt, besser daran thut, ihn liegen zu lassen als ihn aufzuheben. Das Aufheben des zu Boden gefallenen Nagels erfordert zehn Sekunden, was bei einer Entlohnung von 30 Cents pro Stunde auf 0,083 Cents zu stehen kommt. Der Werth des Nagels betrage nur 0,0077 Cents, da auf ein Pfund im Preise von 1,55 Cents 200 Nägel kommen. Mit anderen Worten verlohnte es sich nicht einmal für den Arbeiter, sich zu bücken, selbst wenn er mit einem Griffe zehn fallengelassene Nägel aufzuräumen erwachte.

Und trotzdem glauben beschränkte Leute, mit Zwangsinnungen und Befähigungsnachweis dem Großbetrieb ein Paroli bieten zu können.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Schmölln. Die Steinnußarbeiter Schmölln's, welche wenigstens in ihrer großen Mehrzahl theilnahmslos dem Verbands gegenüber standen, haben gelernt, die Macht der Organisation zu begreifen. Dem rastlosen Bemühen der hiesigen Mitglieder war es nicht gelungen die Zahl der Mitglieder höher als auf 280 zu bringen. (Abschluß vom 4. Quartal 1894.) Es mußte also hier etwas anderes geschehen, um die Arbeiter zum Beitritt in die Organisation zu bewegen. Die alten Mitglieder schauten denn auch hoffnungsvoll auf die Leute, die ja überall unsere besten Agitatoren sind — die Fabrikanten. Was uns unmöglich war, sie haben es spielend vollbracht und bis zu dem Augenblicke, wo dem Leser diese Zeilen vorliegen, wird sich die Zahl der Mitglieder beinahe verdoppelt haben, freilich genügt auch dies noch nicht, wenn man bedenkt, daß es hier wenigstens 1000 Steinnußknopfabriker giebt, dazu kommen noch die übrigen Holzarbeiter. Wie es kam, daß unsere Zahlstellen hier einen so günstigen Aufschwung nahen, wollen wir jetzt folgen lassen. Am Montag, den 21. Januar d. J., legten die Knopfabriker der Firma Leopold & Co. in Folge eines ihnen vorgelegten, für sie aber unannehmbaren Lohnantrags die Arbeit nieder. Der ihnen gebotene Lohn war thatsächlich so niedrig, daß sie mit ihren Familien buchstäblich hätten verhungern müssen. Wir müssen hier einschalten, daß erst vor kurzem eine bedeutende Lohnreduktion stattgefunden hatte. Wäre der neue Lohnantrag durchgegangen, so wäre innerhalb des Zeitraumes von 10 Monaten der Lohn um 50 Prozent gekürzt worden. Die Arbeiter hätten also nur noch halb so viel verdienen können als vor 10 Monaten. Dazu kam noch die äußerst „liebvolle“ Behandlung seitens des technischen Leiters (Mitinhabers) der Firma. Geduldig haben bisher die Arbeiter sich die Lohnrückstellungen der hiesigen Fabrikanten gefallen lassen müssen, weil sie nicht organisiert waren und deshalb keinen Rückhalt hatten. Diejenigen standen allein, welche gegen die Ausbeutung Front machen wollten, wurden doch von der genannten Firma vor 6 Monaten 4 Mann gemäßigelt. Ein Beispiel, welches zeigt, was die Arbeiter sich bieten lassen müssen, wenn hinter ihnen nicht eine feste Organisation steht, ist erwähnt. Hier müssen die Knopfabriker auf ein großes Knöpfchen 42 Wurf liefern (ein Wurf 4 Stück 4 x 42 = 168), dazu kommt noch der Großknopf, der auch nicht mitbezahlt wird. Das macht 25 Stück mehr als das wirkliche Grob hat. Rechnen wir, ein tüchtiger Arbeiter bringt bis zu 50 Gros täglich fertig, so ergibt sich, daß bei einer Fertigkeit von etwa 300 Gros 7500 Knöpfe umsonst gemacht werden. Der Arbeiter muß also, wenn er 300 Gros Knöpfe bezahlt erhält, thatsächlich 352 Gros liefern. Mitin dem Fabrikanten ein ganzes Geschäft gratis herstellen. Da nicht alle Arbeiter 300 Gros fertigbringen, so kann man im Durchschnitt annehmen, daß jeder elfte Mann dem Fabrikanten kein Arbeitslohn kostet. (Nach der Berechnung müßte man eigentlich jeden sechsten Mann als gratis rechnen.) Man hatte früher diese 25 Knöpfe pro Gros den Arbeitern als sogenannten Ueberwurf aufgezwanzt, weil man, wie die Fabrikanten angaben, einen Ersatz für die vorkommenden Ausschußknöpfe haben wollte. Heute, nachdem die Ueberwürfe schon seit vielen Jahren bestehen, liest man die vorkommenden schlechten Knöpfe gleichfalls heraus und bezahlt sie ebenfalls nicht. Somit erhalten die Fabrikanten bei jedem Gros 25 gute Knöpfe, die sie also nicht bezahlen. Die Kollegen werden unglaublich den Kopf schütteln und doch ist es Thatsache, daß die Ausbeutung hier so schamlos betrieben wird. Unter solchen Umständen wird jeder rechtlich Denkende die Berechtigung des Streiks zugeben müssen. Die Verhandlungen zwischen der Kommission einerseits und den Fabrikanten andererseits dauerten den ganzen Tag. Bei der letzten Verhandlung war auch der hiesige Bürgermeister anwesend. Die Forderungen der Kommission waren der alte Lohn und bessere Behandlung; diese Forderungen, sowie die Versicherung, die Kommission nicht zu maßregeln, wurden schriftlich anerkannt. Der Lohnabzug wurde von den Fabrikanten damit motiviert, daß sie mit dem Auslande, hauptsächlich mit Italien, nicht konkurrieren könnten. Auf Vorhalt der Kommission, daß die Arbeiter auch nicht weiter heruntergehen könnten, da ihr Durchschnittslohn seit dem letzten Lohnabzug nur M. 9 beträgt und die Lebensmittel, sowie die Wohnungen durchaus nicht billig seien, erhielt sie die Antwort: „Ja, die italienischen Arbeiter machen auch nicht so hohe Ansprüche, sie gehen barfuß und in Hemdärmeln, ein Stück trockenes Brot und eine Melone unterm Arm, zur Arbeit. Das genügt zur Charakterisierung der Herren.“

Weißensee. Am 1. Juni vorigen Jahres eröffnete die hiesige Zahlstelle einen Arbeitsnachweis. Derselbe findet noch nicht die genügende Beachtung, doch hoffen wir, daß die Kollegen in Zukunft den Nachweis mehr benutzen. Mitgliederversammlungen fanden seit 1. April sechs statt, außerdem im Dezember eine öffentliche, welche sich mit dem in Nr. 50 der „Holzarbeiter-Zeitung“ näher erörterten Werkstättenstreik der Rückenmöbelfabrik von Springer beschäftigte. Im Uebrigen war die Agitation nicht ganz ohne Erfolg. Die Mitgliederzahl nahm zwar langsam, aber doch ständig zu, so daß dieselbe jetzt 81 beträgt. In der Mitgliederversammlung am 12. Januar wurde die Wahl der Obervorwaltung vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Ehrig, Winkelmann und Wende. Zum Streik der Springer'schen Werkstätte wird mitgeteilt, daß sich unter den Streikbrechern leider vier Mitglieder, Hempel, Schmidt, Balat und Krehband, befinden. Die Versammlung beschloß einstimmig, dieselben auszuschließen. Außerdem befaßte sich unter den Streikbrechern das frühere Mitglied August Borchardt. (Siehe die Warnung des Bevollmächtigten zu Stendal in Nr. 56 der „Holzarbeiter-Zeitung“). Kollegen, wir eruchen nochmal, streng den Bezug nach der Springer'schen Werkstätte fernzuhalten.

Magdeburg. Als vor 2 1/2 Jahren der Bier- und Saalhofstätt ausgeprochen wurde, hatte man die Hoffnung, und zwar gestützt auf den schon öfters erprobten Mut der hiesigen Arbeiter, daß der Kampf mit einem Siege unsererseits enden würde; der Kampf ist noch nicht zu Ende, und wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse so traurige, die Kampfmittel so ungleich bleiben, dann wird das Ende nicht abzuheben sein. Die Arbeiter werden aber so lange dafür eintreten, bis uns die

Säle wieder zur Verfügung gestellt werden. Mit unserer Organisation sieht es recht traurig aus, kaum der sechste Theil der Kollegen gehört der Organisation an, die Mitgliederversammlungen sind oft so schlecht besucht, daß wichtige Vorgänge, wie z. B. die Wahl zu Besitzern am Innungsabstimmungsgericht, nicht genügend besprochen werden konnten. Trotzdem gingen wir als Sieger aus der Wahl hervor, legten aber dennoch gegen das Wahlverfahren Protest ein, weil Kollegen, die Mitglieder einer Zentralkrankenkasse angehörten, und solche, die außer dem Hause arbeiteten, und ferner die, welche gerade vier Wochen bei Innungsmeister gearbeitet hatten (obgleich sie dann schon laut Statut wahlberechtigt waren), von der Wahl ausgeschlossen wurden. Der Protest wurde aber abgewiesen mit der Begründung, daß wenn wirklich die acht Stimmen Derer, die von ihrem Recht keinen Gebrauch hätten machen können, in Betracht gezogen wären, es an dem Resultat nichts geändert hätte. Kollegen, theilt Euch wieder mehr an den Versammlungen, und helfe mitarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation, und es wird auch hier wieder eine bessere Zeit für uns anbrechen.

Schramberg. Raum 3/4 Jahre sind es her, seit die Zahlstelle hier gegründet wurde, und schon macht sich eine tadelnswürdige Laune unter den Kollegen bemerkbar. Nach dem geringen Versuch zu urtheilen, sollte man gar nicht glauben, daß die Zahlstelle wirklich so traurige sein könnten, unter denen die Kollegen zu leiden haben. Aber leider! Die Löhne reichen nicht mehr aus; so sind z. B. in der Hamburg-Universität-Druckerei seit einigen Jahren regelmäßige Lohnabzüge gemacht worden. Vor zwei Jahren 10 pSt., im vorigen Jahre 10—25 pSt. und in diesem Jahre droht man abermals mit Lohnabzügen Kollegen, wohin soll das noch führen, wenn Ihr unserer Sache nicht besser beisteht? Kann es Euer Wille sein, Euch der Willkürherrschaft des Unternehmertums preiszugeben? Von ihm habt Ihr nichts Gutes zu erwarten; es sucht jede Gelegenheit zu benutzen, das von Euch so schwer errungene Illusorisch zu machen. Nur durch die Gewerkschaftsorganisation könnt Ihr Euch davor schützen. Kollegen, betrachtet einmal die Lage der schlesischen Weber, die in der Woche höchstens noch M. 5—6 verdienen, und so weit muß es in der Uhrenindustrie kommen, wenn es mit der Lohnreduktion so fort geht, da es jetzt schon vorkommt, daß mancher Familienvater kaum noch M. 20—25 in 14 Tagen verdient. Deshalb ist es jetzt die höchste Zeit, daß Ihr Euch, Mann für Mann, dem Verbands anschließt. An die Arbeiter der Jungmann'schen Fabrik sollen diese Worte besonders gerichtet sein, denn nur Wenige dieser Fabrik sind bis jetzt organisiert, und doch herrschen dort gegenüber den anderen Fabrikten noch weit traurigere Verhältnisse. Es wird in dieser Fabrik noch 11 Stunden gearbeitet, während in den übrigen Fabriken bloß 10 Stunden gearbeitet wird; aber auch in den 11 Stunden wird nicht mehr Lohn erzielt als in den übrigen Geschäften. Dit hört man von Kollegen sagen, wenn uns nicht so viele Denunzianten aufschauerten, würden wir uns dem Verbands anschließen. Leider muß beklagt werden, daß hier eine ganze Reihe dieser Schulte ihr Wesen treiben; doch wir glauben, daß, wenn sich die Kollegen einig wären, trotzdem der Anschluß an die Organisation möglich sei, würden Alle derselben angehören, sollte den Lumpen recht das Handwerk gelegt werden, mit Schimpf und Schande beladen würden sie die Bude verlassen müssen und der Herr Kommerzienrath Jungmann resp. seine Vertreter, würden mit der Organisation der Arbeiter seiner Fabrik zu rechnen haben und sie nicht, wie dies einmal vorgekommen, mit zu Hause zu schicken und ihren gerechten Wünschen mehr wie bisher entgegenkommen. Darum, Kollegen, ermannt Euch, macht einmal den ersten Versuch, Euch aus den Wolfsklauen der Denunzianten zu befreien, wir werden Euch zur Seite stehen in diesem Kampfe, Kollegen! In der bisherigen Weise darf es nicht fortgehen, wir sind es uns und unseren Familien schuldig, eine Besserstellung unserer Lebenslage anzustreben, und dies ist uns nur durch Ausbiederung unserer gemeinsamen Kraft möglich. Diese Kraft liegt in der Organisation, darum, Kollegen, ist es Eure heiligste Pflicht, Euch derselben anzuschließen.

Fürth. Wenn das verfloßene Jahr für die hiesige Zahlstelle ein ruhiges genannt werden kann, so sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse sowie die mancherlei Vorkommnisse nicht derart, daß man diese Ruhe gut heißen könnte. Am Schluß des Jahres 1893 spielte sich hier das Trauerspiel, „Der Streik bei Lorenz Schmidt“ ab. Traurige Seelen lernte man da kennen; wahre Glückspilze, diese traurigen Seelen, denn sie sind zu beschränkt, um die ganze Verworfenheit ihrer Handlungswelt begreifen zu können. Wenn nur wenigstens die Mitarbeiter dieser traurigen Kerle, die das Unglück haben, Dank unserer Arbeitsverhältnisse, leben und mit solchen Kreaturen zu arbeiten, ihnen die gebührende Beachtung zollen würden. Aber weit gefehlt! Man läßt sich sogar von diesen noch ausbeuten. Ueber weitere Ereignisse, die allenfalls von schicklichem Einfluß auf den Verlauf des Streiks waren, wird man ja an anderer Stelle zu sprechen haben. Die Behandlung, welche einzelne Kollegen, die sich durch Annoncen und Briefe nach Fürth locken ließen, an sich erfahren haben, bestimmt uns, die Kollegen zu ermahnen, sich um Auskunft an die Organisation zu wenden. Das Ueberhandnehmen in lange vor Weihnachten, eigentlich gleich nach dem Streik, in Scheibitz's Fabrik an der Tagesordnung gewesen und hier erst vor kurzem auf. Nicht genug, daß in einzelnen Sparten die Krauterei bis 10 Uhr betrieben wurde, wurde auch Sonntags gearbeitet werden; sogar die Fabrikarbeiter erntete eines Sonntags Morgens 7 Uhr. Das Ueberhandnehmen ist überhaupt hier so eingerissen, daß man sagen kann, in manchen Geschäften wird von Weihnachten bis Kirchweih, und von Kirchweih bis Weihnachten diesem zur Verarmung führenden System gehuldigt. Die Gründe, die man zur Rechtfertigung vorbringt, sind meist halbes. Da hat man die hier so stark verbreitete Spiegelindustrie; was da im vorigen Jahre in Ueberhandnehmen gelangte, geht über das Dohndend. Allerdings ist es fast ein Saisongeschäft, und es wurden Löhne verdient, die man hier als hohe bezeichnet hat, vergißt aber zu sagen, was für diesen „hohen“ Lohn geleistet werden muß. Man ist aber auf die Orgie der Kagenjammer gefolgt. Lohnreduzierungen werden in Masse vorgenommen. Man redet den Arbeitern vor, das Geschäft geht flau, man beschränkt die Arbeitszeit auf acht Stunden und stellt Leute von Afford plöglich in Lohn, um ihnen dann, wenn sie durch das dabei gehandhabte System müde sind, wieder den Afford anzubieten, natürlich zu reduzierten Löhnen. Die Arbeiter gehen manchmal, die Absicht gemacht einmal erlernend, darauf ein und der Fabrikant hat erreicht, was er wollte. Dies neuer anzuschauen, davon sehen wir ab, die Kollegen am Orte wissen ja, wo der Hund begraben liegt. So-

weit die Situation sich jetzt übersehen läßt, werden für die Arbeiter der Spiegelindustrie schlimmere Zeiten hereinkommen; das Schicksal der Spiegelglasbleiber wird auch sie treffen. Hier wie dort haben die Exporteure die Macht in Händen, und ist die Lage schon so schlimm, daß, wie aus sicherer Quelle verlautet, die Fabrikanten schon einleitende Schritte unternommen haben, um eine Vereinigung ihrerseits herbeizuführen zum Schutz gegen die Exporteure. Wenn die Herren nur nicht zu spät aufgefunden sind. Von den Arbeitern hoffen wir, daß sie den ihnen drohenden und theils schon über sie hereingebrochenen Unheilstürmen durch thatkräftiges Zusammenhalten begegnen. Die Spiegelindustrie hat sich im verfloßenen Jahre eines leidlich guten Geschäftsganges erfreut, die Freude wird aber vergällt durch drohende und bereits schon ausgeführte, wenn auch geringe Abzüge. Die Organisation gewinnt nun auch wieder mehr Boden in diesen Geschäften, es ist auch die höchste Zeit. Das Baugeschäft liegt seit über zwei Jahren arg darnieder. Die Kasernen wurden mit nahezu M. 400000 Abgebot (?) hergestellt; wer die bezahlt hat, darüber können die ein Lied singen, die die Arbeit machten. Nur eins: Eine Vier-Füllungs- thür mit gestemmtem Futter und Bekleidung M. 8.30. Kommentar überflüssig. Weiße Möbel und Bauarbeiten werden bei Kleinmettern hergestellt und da ist es Rathhai am letzten. In den Werkstätten, wo die schlechtesten Verhältnisse sind, ist auch am wenigsten von Organisation zu hören, vom Versammlungsbesuch nicht zu reden, 10 Mann kommen von durchschnittlich 500 Mitgliedern in die Versammlungen, das ist geradezu besänftigend. Gerade die bestsituirtesten, leistungsfähigsten Kollegen sind am wenigsten zu thätiger Theilnahme an der Organisation zu haben. Dies muß anders werden. Die Drechsler sind hier verhältnismäßig am besten organisiert und haben die besten Chancen zur Verbesserung ihrer Lage, da tüchtige Drechsler hier geachtet sind. Da Differenzen schwer zu beheben, wird vor Bezug gewarnt. Vor einiger Zeit wurde die hiesige Zahlstelle vom Agitationscomité für Bayern wegen ihrer Stellung resp. Nichttheilnahme an dem Comité angefeindet; wenn mit den Vorkommnissen (hier) der Personenwechsel gemeint ist, so haben wir nur zu erwidern, daß der Standpunkt der Zahlstelle der alte ist. Abgesehen davon, daß unsere Klassenverhältnisse eine Theilnahme nicht erlauben, halten wir die Sache an sich für überflüssig. Zum Beweis dafür verweisen wir auf die Zahlstellen Erlangen und Zirndorf, die wir ohne Agitationscomité zu Stande brachten. Wir werden auch ferner thun, was wir können und uns unserer Pflicht der Organisation gegenüber Reiz bewußt sein.

Bunzlau. Bezüglich unserer Mitgliederzahl können wir nur Erfreuliches mittheilen. Von 25 Mitgliedern, wie wir im letzten Bericht angaben, haben wir es auf 34 gebracht. Unsere Versammlungen finden während des Winterhalbjahres alle 14 Tage, und zwar jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats statt, und haben wir beschlossen, in jeder derselben uns eine Extrastunde aufzuerlegen, weil unsere Lokalkasse zu Unterstügungen nicht ausreicht, da die hiesige Zahlstelle von den reisenden Kollegen zu sehr in Anspruch genommen wird. Ferner theilen wir mit, daß wir bis auf Weiteres über die Werkstätte des Herrn Köhlig die Sperre verhängt haben. Herr Köhlig erlaubte sich nämlich, die Verbandsmitglieder als Lumpen und den Verband als „Lumpenverband“ zu bezeichnen. Wir bitten die zureichenden Kollegen, von Vorstehendem Notiz zu nehmen.

Kottbus. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß durch das hiesige Gewerkschaftsgericht hier am Ort eine Zentralherberge eingerichtet worden ist, und zwar bei Adolf Behniger, Schloßstraße. Wir bitten die reisenden Kollegen, nur dort zu verkehren. Auch zählt A. Behniger Reiseunterstützung. — Seitens der Gewerkschafts-Kommission ist ein Ersuchen an die städtische Behörde gerichtet, von Seiten der Stadt eine Desinfektions-Anstalt einzurichten. Die Antwort bleibt noch abzuwarten. — Den hiesigen Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes zur Kenntniß, daß von jetzt ab die Bezirkskassier nicht mehr die Beiträge einholen, sondern diese sollen alle 14 Tage in den Versammlungen entrichtet werden. Da die Kollegen bis jetzt daran gewöhnt waren, daß ihnen die Beiträge abgeholt wurden, hielt es die Mehrzahl nicht mehr für nöthig, in den Versammlungen zu erscheinen. Die Versammlungen sind zur Aufklärung und Verbreitung geistiger und materieller Interessen der Mitglieder da, mithin ist es jedes Einzelnen Pflicht, die Versammlungen so oft wie möglich zu besuchen und für den Verband zu agitieren.

Altona. In unserer Generalversammlung, die gut besucht war, gab der Kassier zunächst die Abrechnung. Die Jahreseinnahme für die Hauptkassie betrug M. 1555.45, die Ausgabe M. 1506.54. Für die Lokalkasse betrug die Einnahme M. 924.86, der eine Ausgabe von M. 862.78 gegenübersteht. Von dem Bestand M. 62.08 wurde beibehalten, M. 40 nach Stuttgart zu senden. Es folgte hierauf der Bericht der Lokalverwaltung, woraus hervorzuhelien ist, daß 1894 22 Mitgliederersammlungen, 1 öffentliche Versammlung und 20 Sitzungen abgehalten wurden. Die Mitgliederzahl beträgt, nachdem über 100 Kollegen, welche über 15 Wochen rekruten, getrennt sind, 194; davon sind 171 Diener, 9 Stenographen, 9 Drechsler, 3 Kürschner, 1 Werkergemacher, 1 Hilfsarbeiter. Der Vorsitzende bedauert, daß die Versammlungen jetzt immer je schwächer besucht werden. Es mußte bei besonderen Anlässen immer erst pro Zirkular zum Zweck der Versammlung aufgefordert werden. Redner wendet sich speziell an die anwesenden Kollegen, für unsere Verordnungen innerhalb in den Werkstätten zu agitieren und fordert besonders die schlecht vertretenen Vereine unseres Verbandes auf, in ihren Kreisen mehr Anhänger für uns zu werben. Es dürfte sich Reiner zurückziehen, wenn wir unsere Lage verbessern wollen. Hierauf fand die Wahl der Lokalverwaltung statt. Aus dem Bericht vom Gewerkschaftsgericht ist hervorzuhelien, daß bei dem Gewerkschaftsgericht im verfloßenen Jahre ein Uebertrag von M. 1842.05 erzielt wurde. Ferner habe eine Sitzung der Gewerkschaftsgerichtlicher unter Leitung von Senator Bauer betreffs Vertheilung eines häuslichen Arbeitsnachweises stattgefunden, dessen Ergebnis in einer öffentlichen Versammlung zum Austrag gebracht werden soll.

Hildesheim. In der am 20. Januar cr. stattgefundenen Generalversammlung berichtete der Bevollmächtigte über die bisherige Thätigkeit unserer Zahlstelle im verfloßenen Jahre, ebenso der Kassier. Der Gesamtverwalter wurde hierauf beauftragt. Die Mitgliederzahl ist von 103 im ersten auf 126 im vierten Quartal gestiegen. Die bisherige Verwaltung wurde wiedergeprüft. Unser Stützungsplan hat am 2. März bei Brüning, Kniebeck statt, und mögen die Kollegen recht eifrig dafür agitieren. Die nächste Versammlung findet besonders

Umstände halber am 17. Februar und nicht am 10. statt. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich bei Frau Hoffmann, Besting- und Brin Handjerg-Strassen-Ecke; auch werden daselbst des Sonnabends Abends von 8-9 1/2, und Sonntags Vormittags von 9-10 Uhr Beiträge entgegen genommen, sowie auch Reiseunterstützung ausgezahlt.

Gera. In unserer letzten Generalversammlung wurde, wie nach Schluß eines Jahres üblich, ein genauer Geschäftsbericht gegeben, wozu noch mitgeteilt wurde, daß die Polizeibehörde die Verwaltung der Zählstelle mit vier Strafmandaten in Höhe von M. 49,40 bestraft habe, weil in einer Versammlung eine Vorlesung über Streik und ihre Bedeutung gehalten worden sei. Gegen zwei wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, welche mit Freisprechung, wie vom Amtsanwalt beauftragt, endigte. Er betonte selbst, daß in der Vorlesung über genannte Frage kein Vergehen zu erblicken wäre, insoweit der Streik nur als Mittel im Kampf gegen das Kapital anzusehen sei. Von einem politischen Thema könne in diesem Falle nicht die Rede sein. Hierauf legte der Kassirer die Abrechnung vor, die für richtig anerkannt und ihm Decharge erteilt wurde. Nach erfolgter Wahl der Ortsverwaltung wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt, u. A. wurde bestimmt, bezüglich der Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstage mit den Kollegen in Schmölke und Altenburg persönliche Rücksprache zu nehmen. Der Vorsitzende erwähnte hierauf die Anwesenheit, kräftig für die Ausbreitung des Verbandes einzutreten, dies sei umso mehr Pflicht, als von den hier beschäftigten 400 Kollegen nur 80 dem Verbands angehören. Der Verwaltung allein sei es nicht möglich, genügende Agitation zu entfalten, da müßte Jeder mithelfen, daß der Indifferentismus bejeitigt werde.

Waldsrauff. Wie groß die Unabuldsamkeit der bürgerlichen Gesellschaft ist, bemies so recht eine Handlungsweise, welche sich gegen 8-10 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes richtete, die Mitglieder des hiesigen Turnvereins waren. Der Redakteur des hiesigen Wochenblattes und Restaurateur Galt, bekannt vom Dresdener Vierbock, beide Mitglieder des Turnvereins, suchten unsere Zählstelle „herunter zu machen“, namentlich war es Redakteur (dem auch wohl der „Schub“ mehrerer unserer Kollegen aus ihren Arbeitsplätzen zu verdanken sein dürfte), der sich namentlich dabei hervorthat und einen Antrag stellte, die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes aus dem Turnverein auszuschließen, oder die Betreffenden sollten aus unserem Verbands austreten. Selbstverständlich ist wohl, daß unsere Kollegen der Versammlung den Standpunkt gründlich klar machten und bewiesen, daß Mitglieder ihrer Angehörigkeit zu einer Gewerkschaft und ihrer Uebergangung wegen aus einem Turnverein, auch wenn dieser in seiner Mehrheit nur bürgerliche Elemente umfaßt, nicht ausgeschlossen werden könnten. Beschlossen wurde, jedem Mitglieder des Vereins ein Formular zuzustellen, worauf Jeder vermerken soll, ob er Sozialdemokrat ist oder nicht! (Und wenn ja! Dann raus! Lassen Sie die Kamellen doch hübsch unter sich bleiben. D. Red.) Die Arbeitsverhältnisse am Orte sind nicht die besten, so ist hier z. B. ein Jannagsmeister, der seinen Arbeitern eine Arbeitszeit von Morgens 6 bis Abends 10 Uhr zuschreibt, nicht selten auch Sonntags bis Danksverden, angeblich, damit seine Leute feste bleiben. Die Behandlung ist unter aller Kanone, Zinslaturen seinen Arbeitern gegenüber, wie man sie gewöhnlich auf dem polenjer Viehmarkt hören dürfte, sind bei uns allgemein gebräuchlich. Dem Verbands darf Niemand angehören, sonst liegt er hinaus. Der Herr scheint darin eine sehr hohe Nase zu haben, denn eines Sonnabends hatte sich einer seiner Schellen annehmen lassen, am nächsten Montag war er an die frühe Luft gesetzt. Wer Luft hat, bei dem Werkmeister von Jannagsmeister zu arbeiten, kann es uns wissen lassen, wir sind bereit, ihn dabin zu begleiten. Bei Gelegenheit des am Sonnabend stattgefundenen Zählabend legte der Sekretärmann die Abrechnung vom 4. Quartal vor. Die Sitzung blieb für dieses Jahr dieselbe. In nächster Zeit soll eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden. Besonders machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, die Zählabende besser zu besuchen; namentlich bitten wir die Kollegen der Kammfchen Möbelfabrik, dem Verbands beizutreten, denn nur dann, wenn wir vereint vorgehen, werden wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern können. Darum Kollegen, thue Jeder seine Pflicht im Kampfe für unsere Interessen, und ihr werdet es nicht zu bereuen haben.

Bünde. In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung wurde folgende Schred-Vielheit in 17, stündigem Vortrage über die wirtschaftliche Lage der Holzarbeiter und Straßengewerker. Redner führte den Anwesenden die heutigen Zustände in der kapitalistischen Gesellschaft vor Augen. Nur den Kampf für Befreiung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse energig führen zu können, sei eine frumme Organisation dringend notwendig. Der Kampf der Gewerkschaftsbewegung laufe darauf hinaus, Hand in Hand mit der politischen Bewegung die vollständige Beseitigung des Kapitalismus aus dem Schoße der kapitalistischen Gesellschaft zu führen. Redner ermahnte seinen Gehör. Alldem fand die Antwort des Verbands statt. Als Kandidat zum ersten Verbandstage in Gera wurde Kollege G. Schrad-Vielheit einstimmig gewählt. Mit einem Hoch auf die gewerkschaftliche Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Reinhold a. d. Orla. Eine Gewerkschaftsversammlung, welche am 24. Januar stattfand, beschäftigte sich mit dem „Gewerkschaften und deren Bedeutung für die Arbeiter.“ Kollege Hoff erwiderte in längerer Ausdehnung die Vorwürfe gegen das Gewerkschaftsamt am hiesigen Orte und führte an, daß die Gewerkschaftsfrage früher schon berührt worden wäre, aber durch die Unwissenheit der damaligen Gewerkschaftsmitglieder nicht durchgeführt werden konnte. Redner erwähnte, daß die Gewerkschaften für unsere Forderung eintreten würden, dies hätte uns aber nicht verhindert, uns mit ihnen so lange mit unserer Forderung anzufassen, bis dieselbe erfüllt wird. Einwand, wurde dann eine Resolution angenommen, welche für die Gewerkschaften ein Gewerkschaftsamt auswies, das sich für den Kampf um die Interessen der Arbeiter einsetzen würde, und der hiesigen Gewerkschaften ein solches Amt gebildet wurde. Als Redner zu dem Schluss kam, daß eine Gewerkschaftsversammlung in Gera stattfinden würde, wurde die Gewerkschaften ein solches Amt gebildet wurde, und der hiesigen Gewerkschaften ein solches Amt gebildet wurde, und der hiesigen Gewerkschaften ein solches Amt gebildet wurde.

48 Mitglieder zählt und beschlossen, zur nächsten Versammlung, welche am 10. Februar stattfindet, alle uns fernliegenden Holzarbeiter einzuladen.

Höchst a. M. Die am Samstag, den 19. Januar, stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Thätigkeit der Agitationskommission in Frankfurt. Die Versammlung war der Ansicht, daß die Kommission nicht das geleistet habe, was von ihr erwartet wurde, zumal in Höchst die Verhältnisse so liegen, daß uns die Kommission eher hinderlich als förderlich sei; es wurde jedoch beschlossen, die Konferenz in Mainz zu beschicken, um dadurch die für unsere Zählstelle nötigen Ausnahmebestimmungen zu erringen. Gewählt wurde Kollege F. Müller. Von einer Stellungnahme zum Verbandstage wurde abgesehen, vielmehr beschlossen, den Punkt am 4. Februar zu erledigen. Als Kandidat zum Verbandstage wurde einstimmig Kollege F. Friedl bestimmt. Hierauf bespricht derselbe die Verhältnisse in der Bogel'schen Möbelfabrik und seine Maßregelung aus derselben. Obwohl er ja nicht direkt aus der Fabrik hinausgeworfen, so läge die Sache doch anders, als sie Herr Bogel hinzustellen würde. Er (Friedl) sei mehr als drei Jahre in der Fabrik, neben ihm ständen aber lebige Leute, die erst einige Wochen da seien, während bei ihm die Familie in Mitleidenschaft gezogen sei, und ferner käme in Betracht, daß die in Bezug auf äußere Arbeit bei weitem nicht das leisten, was er geleistet habe. Den Herren steht der 1. Mai, den wir gefeiert, in der Nase, und dann die Geschichte bei der Ortskrankenkasse, wo wir verschiedene Vorgehen aufgedeckt haben. Kollege Müller meint, solche Vorkommnisse müssen wir verstehen lernen und für die Organisation und Agitation verwenden; wir haben gerade hier die besten Beispiele, welche die Organisation ist. Als sich im Jahre 1890 der Wagen des Westmarktes von seiner Verdaunungschwäche wieder zu erholen begann, da wurde auch die hiesige Möbelfabrik in allen ihren Zweigen erweitert; die Nachfrage nach Arbeitskräften wuchs und unsere Kollegen mußten die gegebenen Verhältnisse in richtiger Weise aus. Der damalige Lokalverein hatte sich abgewirkt, und die Notwendigkeit ergab die Gründung unserer Zählstelle. Dank der Unzufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen wuchs die Zahl der Mitglieder in einem Maße, daß die Fabrikanten darob ängstlich wurden. Es brauchte bloß ein leiser Wind gegeben zu werden, um unsere Forderungen zu erfüllen. Ja, die Herren warteten nicht erst, bis wir forderten, man gab uns freiwillig, es brauchte bloß der Wunsch ausgesprochen zu werden! Wir waren eben eine Macht, die unter Umständen dem Profit ganz gefährlich werden konnte. Aber auch dort sehen wir, wie die Organisation wieder in den einzelnen Werkstätten wirkte. Vier Fünftel der bei Gbr. Palm beschäftigten Kollegen waren organisiert. Die Folge war, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden ohne die geringsten Schwierigkeiten, ja sogar die Erhöhung der Löhne, welche gar nicht gefordert war, eingeleitet wurden. Bei Bogel und F. J. Palm waren nur etwa ein Fünftel der Kollegen organisiert, und dort wurde denn auch die Verkürzung der Arbeitszeit erst fünf Viertel Jahre später, nachdem die Organisationskämpfe vertretener waren, eingeführt. Namentlich liegen die Verhältnisse heute. Wo die Organisation stark ist, setzt man unseren Wünschen keinen Widerstand entgegen. Im Jahre 1892 wäre eine Maßregelung wie die des Kollegen Friedl gar nicht möglich gewesen, dazu hätten die Fabrikanten unsere Organisation gar nicht den Rath gehabt. Wie wollen deshalb den uns fernliegenden Kollegen und insbesondere denen, die uns früher nahe gestanden, zurufen: Kollegen, wir gehen einer aufstrebenden Konjunktur entgegen, es gilt deshalb, gerade jetzt alle Kräfte zusammen zu fassen, uns zu einigen; treten ein in unsere Organisation. Wenn wir auch keine neuen Forderungen stellen, so gilt es doch, das Erungene festzuhalten. Bleibt Ihr dem Verbands auch jetzt noch fern, so wird die Folge bald sein, daß wir wieder in Verhältnisse von vor 1890 zurückverfallen. Wir haben zwar noch keine direkten Beiträge zu verzeichnen, wohl aber indirekte, indem die Arbeit unbilliger wird, die Preise aber die gleichen bleiben. Was jetzt indirekt geschieht, wird bald direkt geschehen; das Mittel zur Bekämpfung dieses Umfanges ist nur in der Vereinigung zu suchen. Wir hoffen daher, Kollegen, Euch in unserer nächsten Versammlung herzlich willkommen heißen zu dürfen. Mitgliederversammlungen alle 14 Tage Montags Abends 8 Uhr im Lokal Rosentstraße 36.

Eingelandt.

Zu einer Richtigstellung der in Nr. 3 Ihres werthen Blattes von dem Lauterberger Münchhausen publizierten Lüge erlaube ich mir folgende Bemerkungen:
Zu der Korrespondenz unter Lauterberg und Sachs a. S. heißt, ich hätte einen Arbeiter Hebelind entlassen, weil er eine in Höchst von hiesigen Holzarbeitern abgehaltene Versammlung besucht habe.“ Redakteur Hebelind ist allerdings von mir an die frühe Luft befördert worden, wie der würdige Ausdruck des Herrn Berichterstatters lautet, jedoch bereits einige Tage vor jener Versammlung und zwar, weil er sich erkant ohne Erlaubnis für die Dauer einer halben Stunde von der Fabrik entfernt hatte, um zuweilen gegen das dritte Verbot Schnaps in großen Quantitäten in die Fabrik einzuschmuggeln. Zu dem erwähnten Vergehen gegen den Hebelind war ich umso mehr berechtigt, als derselbe lange Zeit vorher im Zustande der Trunkenheit innerhalb der Fabrikräume einen Akt von Rohheit gegen einen alten Arbeiter verübt hatte. Wenn der Herr Berichterstatter eine Leiden von dieser Art als ihm besonders „werth“ bezeichnet, so wird dies ein interessantes Schlaglicht auf die Qualität seines Charakters. Ich bezweifle aber, daß andere Holzarbeiter in ihrer Werthschätzung eben so weit gehen. Überhaupt dürfte es den Befehl aller anständigen Holzarbeiter finden, wenn ein Arbeiter, der aus obigen Gründen entlassen wurde, auch noch Unterstützung empfängt. Doch ist es nicht meine Sache, darüber abzuurtheilen. (Das meinen wir auch! T. Red.)
Geradezu absurd ist die Behauptung des Berichterstatters, daß der von der Sache zu veranlassen, die hiesigen Fabrikanten hätten ein Interesse daran, eine Organisation der Holzarbeiter zu verhindern. Hat eine derartige Organisation wirklich den Zweck das Wohl der Arbeiter zu fördern, so wird dieselbe demorgan unteren Befehl haben, als wenn sich die Arbeiter zu Tode oder anderen gefährlichen Verbrechen zusammenschließen. Fürder ist die Organisation lediglich zwecks Bekämpfung der Verhältnisse, so ist sie uns ja verständlich, als daß wir sie bekämpfen sollen. Doch abgesehen von der Behauptung des Berichterstatters, in welcher Hinsicht bezweifle die Diktatur der Sonntagsarbeit, welche wurde sogar bei Androhung sofortiger Entlassung an-

geordnet. Die gesetzlichen Bestimmungen sind denn doch zu ungewis, als daß wir uns leichtsinziger Weise einer Denunziation aussetzen möchten.

Schon der Umstand, daß ich Deiner Ihres Blattes bin, dürfte Ihnen zeigen, daß ich gerecht genug bin, eine Sache nicht einseitig zu beurtheilen, sondern mir sage: „audiatamur ab altera pars.“)

Wohnte der Lauterberger Münchhausen“) nur ebenso denken. Jedenfalls erwarte ich, daß er hiernach seine Anonymität läßt. — „Will dann der Herr Graf ein Länzchen wagen, so mag er's sagen, ich spiel' ihm aus!“
Oderfeld, den 20. Januar 1895.

Hochachtungsvoll
G. Kaltwasser.

Wir bemerken dem geehrten Herrn Einsender, daß wir seiner Richtigstellung nur insoweit Raum gewähren konnten, als sich diese lediglich als solche qualifiziert. So hoch wir seine anscheinend gute Meinung über unsere Zeitung als Vertreterin der Arbeiterinteressen auch zu würdigen wissen, so müssen wir dessenungeachtet doch von einer Veröffentlichung derselben absehen, und zwar deshalb, als wir uns unserer Pflicht den Arbeitern und ihrer Organisation gegenüber voll bewusst sind, und deren Interesse nach jeder Richtung hin wahren werden, auch ohne seine wohlgemeinten Rathschläge. Sollte es einmal vorkommen, daß wir von unseren Berichterstattern ungenau orientirt, oder gar düpiert werden, so bedauern wir das umso mehr, als davon weder wir noch die durch uns vertretene Sache einen Vortheil hat. Ist genug ermahnten wir unsere Korrespondenten, bei Abfassung aller zur Veröffentlichung bestimmten Berichte sich streng an die Wahrheit zu halten und sich stets der größten Objektivität zu befleißigen. Wir haben, das wird uns der geehrte Einsender auf's Wort glauben, kein Interesse daran, uns wegen kleinlicher Bagatellen in fruchtlose Prozesse zu verwickeln, und sind auch ferner, falls wir insolge Veröffentlichung uns mitgetheilte unwahre Thatsachen diesem oder jenem unserer unfreiwilligen Mitarbeiter zu nahe getreten sein sollten, jederzeit bereit, demselben Rechtfertigung widerfahren zu lassen. Hoffen wir, daß dies nach der zu erwartenden Erklärung unseres Korrespondenten auch Ihnen gegenüber geschehen kann.

Offene Anfrage an den Vorstand des Deutschen Korbmacher-Verbandes.

In Mühlberg an der Elbe sind ungefähr 50 Korbmacher-Gesellen beschäftigt, von denen bis zum Herbst des vorigen Jahres eine Reihe der am Orte bestehenden Zählstelle des Korbmacherverbandes angehörten. Die Zählstelle besteht aber heute nicht mehr, sie wurde aufgelöst, und damit fertig! Sollte der Vorstand genannten Verbandes es nicht der Mühe werth halten, im Interesse der Organisation selbst, sich einmal um die hiesigen Korbmacher zu kümmern? Desgleichen wolle ich gleich darauf hin, daß auch in Fürstentberg keine Organisation für Korbmacher besteht, obgleich dort 150 Gesellen beschäftigt sind. Ich meine, nur etwas redlichen Willen und allerdings auch ein klein wenig Mühe, und es könnte doch sehr wohl noch für die Organisation etwas gethan werden. Sollte aber von dieser Seite nichts geschehen können, dann möchte ich den Korbmachern raten, sich dem Holzarbeiterverbande anzuschließen, der ihre Interessen dann auch zu wahren wissen wird.

Mühlberg a. E.
G. W.
*) „Man höre auch die Gegenpartei.“
) Erzähler abenteuerlicher Erlebnisse.

Verband deutscher Korbmacher.

Abrechnung vom Bremer Streik.
Einnahme.

Von der Hauptkasse Hamburg	M. 150,—
„ den Kollegen Brandenburgs	„ 32,20
Wandsbells	„ 11,—
Auf Sammelst. am Orte	„ 102,80
Vorschuß von Barthel und Fiedler	„ 23,—
Von den Steinmehnen Bremens	„ 20,—
„ Zeiger Kollegen	„ 14,50
„ Kollegen Alt-Damm	„ 9,25
„ Kollege Casse-Schiffdorsferdamm	„ 50
„ den Kollegen der Wis'schen Werft	„ 3,—
Summa	M. 365,75

Ausgabe.

An Circulunterstützung	M. 202,80
Reiseunterstützung	„ 21,90
Für Agitation, Versammlung, Porto u. sonstige Auslagen	„ 26,65
Vorschuß an Barthel und Fiedler	„ 23,—
An die Hauptkasse zurückgeschickt	„ 76,40
Summa	M. 350,75

Einnahme M. 365,75
Ausgabe 350,75
Bleiben am Orte M. 15,—
F. Barthel, Kassirer.
Carl Schulz, Conrad Gramann, Revisoren.

Korrespondenzen.

Dresden. In einer öffentlichen Korbmacherversammlung sprach Kollege Schöbel über die Arbeiterbewegung des Alterthums bis zur Neuzeit. Wenn der Redner die Kämpfe und Zustände im Alterthum und die Gesellenbewegung im Mittelalter recht treffend schilderte, ein Eingehen auf die jüngste moderne Arbeiterbewegung hat er uns leider vermissen lassen. Diese so wichtige Frage ist aber in der Diskussion von mehreren Kollegen erörtert und besprochen worden. Hierauf erkrankte der Kassirer am Schluß seines Berichtes der Kontrollkommission ersucht ein regeres Interesse wie bisher entgegen zu bringen, reichlicher und drücklicher die Versammlungen zu besuchen, und die uns noch fernstehenden auf dieselben aufmerksam zu machen. Aufnahmen sowie Beitragszahlungen können jeden Sonnabend vor dem 1. und 15. jeden Monats in Strigler's Restaurant, Jahnsstraße 18, erfolgen. Auch werden denselbst vom Kassirer Ratene Bekleidungen auf die „Holzarbeiter-Zeitung“ entgegen genommen.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Boykott über die Bürger Schuhfabriken ist noch nicht aufgehoben. 80 gemäßigtere Schuhmacher haben eine auf solidarischer Grundlage beruhende Genossenschaft von Schuhwaren gegründet...

Der Unterstützungsverein deutscher Futtmacher veröffentlicht die Abrechnung des 3. Quartals 1894. Die Mitgliederzahl betrug Ende September 2560. Einnahme und Passivbestand M. 117 947,24...

An gänzlich Erwerbunfähige wurden in 67 Fällen M. 6095,92 und an vorübergehend Erwerbunfähige M. 6775,57 Unterstützung gezahlt...

Die Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) zählen, wie aus dem Zentralorgan „Der Gewerksverein“ ersichtlich, 67 058 Mitglieder und haben ein Barvermögen von M. 64 635,22...

Trotzdem der „Gewerksverein“ diese Summe in Fettbuch hervorhebt, ist sie, bei Nichtbeachten, doch nur eine Kleinigkeit. Man bedenke, 67 000 Mitglieder und M. 64 000 Vermögen, das ist noch nicht eine Mark pro Mitglied Reserve und Vermögensbestand...

Eine Zentralisierung aller in der Holzbranche beschäftigten Berufe haben unsere Kollegen in Oesterreich vorgenommen. Die Gewerkschaft hat sich bereits am 1. Dezember vorigen Jahres konstituiert. Im „Organisator“ finden wir darüber einige von dem Genossen F. Staret in Wien gemachte Ausführungen...

Die aus der Provinz Jahr für Jahr in die Hauptstädte und insbesondere nach Wien zufliehenden indifferenter Arbeiter verlieren sich in denselben vollständig und es bedarf jahrelanger Arbeit, um sie in die Organisation bekommen zu können...

Es ist eine nur zu bekannte Tatsache, daß überall dort, wo eine Berufsorganisation in der Provinz besteht, der Prozentfuß der in der Organisation stehenden ein weit günstigerer ist als in den größeren Städten...

Wir verkennen allerdings nicht die Schwierigkeiten, welche sich bei der Agitation unserer Provinzgenossen ergeben, und sind es insbesondere die sogenannten „Seelenhirten“, welche mit ihren „christlichen“ Grundrissen die Bestrebungen unserer Genossen in der Provinz hindern...

Von diesem Gesichtspunkte und von der Erkenntnis geleitet, daß etwas mehr Gewicht als bisher auf den Ausbau der Gewerkschaftsorganisation gelegt werden muß, gründeten wir die „Gewerkschaft der Holzarbeiter und verwandter Berufe Oesterreichs“...

Nur so und nicht anders wird es möglich sein, die gedrückte Lage der in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter zu heben und ihnen jenen Einfluß auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu sichern, welcher ihnen von Rechtswegen zukommt...

Was liegt da also näher, als daß sich auch die verwandten Berufe der Holzbranche zu einer kräftigen, ausgebreiteten, schlagfertigen Organisation vereinigen, wie eine solche allerdings bei uns schon besteht, aber leider infolge der großen Interesslosigkeit unserer Kollegen immer noch nicht die Macht erlangt...

hat, die ihr zu wünschen wäre. Wann werden die deutschen Holzarbeiter endlich einsehen, daß Organisation die stärkste und beste Waffe im Kampf gegen das Unternehmertum und unentbehrlich ist, um demselben bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzutrotzen?

Geriichts-Chronik.

Ein Einverständnis mit Aussetzung der Arbeit auf unbestimmte Zeit, berechtigt nicht mehr zur Forderung einer Vohrentschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung. Der Antrag auf Aussetzung der Arbeit nicht einverständlich ist...

Aus dem Reichsversicherungsamt. Eine ganz bedeutende Entscheidung fällt daselbst am 17. Januar. Eine Näherin, die in einem Strohhutgeschäft Tags über tätig war, nahm sich aus dem Geschäft Abends Arbeit mit nach Hause...

Wann ein Leistenbruch als Unfall, der zum Rentenbezug event. berechtigt, und wann derselbe nicht als solcher anzusehen ist. Die Frage betrachtet das Reichsversicherungsamt mit derjenigen für entschieden, ob der Bruch direkt auf eine Betriebsverletzung als seiner Ursache zurückzuführen ist...

Technisches.

Der Stiefelknecht von J. Kowatsch & C. Meißner in Teerubin, Rumänien (D. R. P. 77508), soll keinem Besitzer gegenüber den bekannten Geräthen erhöhte Bequemlichkeit gewähren. Beim Einsetzen des beschriebenen Fußes in das Maul des Geräthes wird durch die Einwirkung eines geeigneten Mechanismus mit dem zweiten Fuß eine Sacke gegen den Stiefelabdruck gedrückt...

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Spezialorgan in Berlin SW, Dönhofsstraße 2).

Die Nr. 4 vom 24. Januar hat folgenden Inhalt: Wochenplan. — Vorkämpfer selbiger Erde. — Die Bekämpfung des öffentlichen Friedens. — Was bietet die bittende Kunst dem Arbeiter? — Ferner: Einmal in's Stammbuch. — Parteiprogramm. — Wie man uns behandelt.

Aus dem Reichstag. — Freigeblichkeitsfragen. — Zur Lage der Arbeiter im Ruhrrevier. — Die Trade Unions und die Regierung. — Zur Agrarfrage. — Generalstreik. — Arbeiterfrage. — Todtenliste. — Literarisches. — Vermischtes.

„Sozialpolitisches Zentralblatt.“ Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Bauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 20 Pf. Erschienen in Nr. 17, 4. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Metz Verlag) ist soeben das 17. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Rometendochen. — Der dritte Band des „Kabit“. Von Edward Bernheim. VI. — Der gesetzliche Schutz für die hausgewerblichen Arbeiter. Von einem Hausarbeiter. — Das schweizerische Arbeitersekretariat. Von D. Lang. — Berliner Theater. Von F. Wehring. — Notizen: Zur Abwehr. Von F. Wehring. Die Rotation des Planeten Venus. Beiräte zur Statistik des Grundeigentums. — Feuilleton: Die Schlacht der Mikroben. Von Edward Wehring. (Schluß.)

Im Verlage von L. S i n t h e r, Dresden: Drei Lieder für Männerchor. Von Josef Scheu. 1. Tief in Stand und Roder. Kommerzial von Andreas Scheu. Partitur 60 Pf. (36 Kr.) & Stimme 15 Pf. (9 Kr.). — 2. In die Geduld. Ihr lieben Leut, seid doch zufrieden. Partitur 40 Pf. (24 Kr.) & Stimme 15 Pf. (9 Kr.). — 3. Vor dem Sturm. Von Robert Krupf. Partitur 80 Pf. (48 Kr.) & Stimme 15 Pf. (9 Kr.).

Briefkasten.

Oberrad, Bahnhalle. Der Bericht kam zu spät, um noch in voriger Nummer Aufnahme finden zu können; für diese Nummer ist er überflüssig.

Schramberg und andere Bahnhallen. Wir müssen dringend bitten, das Papier doch nicht so eng zu beschreiben, es ist unmöglich, Korrekturen vorzunehmen und bleibt uns dann nichts weiter übrig, als die ganzen Berichte umzuschreiben.

Bunzlau. Waren in der Werkstatt des R. Gefellen beschäftigt, die durch die Sperre betroffen sind? Nur dann können wir in der Anbril davon Notiz nehmen.

Mühlberg, G. W. Frage 1 und 2. Ja. Frage 3. Wenn er im letzten Jahre vor der Wahl keine Armenunterstützung bezogen hat, ja. Frage 4. Nach einem Kammergerichts-Urteil (siehe Nr. 29 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom vorigen Jahre) ist weder das Erheben von Eintrittsgeldern, noch Zellerksammlungen in öffentlichen Volksversammlungen verboten resp. strafbar. Wegen ein polizeiliches Strafmandat beantragen Sie auf alle Fälle gerichtliche Entscheidung, unter Berufung auf obiges freisprechendes Urteil.

Wien. 100 Jg. Nr. 5 mehr.

23650. Die betreffenden Klassen sind zu empfehlen, wenn die genügende Sicherheit vorhanden ist. Für Landwirthe sind dieselben den Schulze-Deitschen Genossenschaften (die ausschließlich fast nur für Handwerker bestehen) entschieden vorzuziehen, weil sie einen bedeutend längeren Kredit (bis zu zehn Jahren) gewähren. Der Landmann bedarf des Kredits auf längere Zeit zum Zwecke der Bodenverbesserung, Anschaffung von Geräten, Zugvieh usw. Bei den Schulze-Deitschen Darlehnskassen erstreckt sich die Darlehnsfrist in der Regel nicht länger als auf drei Monate, welche auch des rascheren Kapitalumlaufes wegen genügt, nicht aber so bei der Landwirtschaft. Dann kommt bei den Raiffeisen'schen Darlehnskassen noch in Betracht, daß dem Darlehnsnehmenden nicht viele Schwierigkeiten gemacht werden, da das Rechnungswesen sehr einfach ist, einfacher noch als bei Sparkassen, weil jede Prolongation (Wesich wegen Verlängerung des Kredits) wegfällt. Die Raiffeisen'schen Darlehnskassen haben in Deutschland, namentlich in Rheinland, Westfalen, Baden und Hessen eine große Ausdehnung genommen.

Obesloe, F. R. In voriger Nummer haben wir Ihnen bereits auf die jetzt wieder gestellte Frage Antwort gegeben. Wenn der Betreffende seiner Berufsorganisation nicht beitreten will, dann nehmen Sie ihn auf; besser einer Organisation als gar keiner anzugehören.

Wurzen, H. J. Wollen Sie nur einzelne Vorlagen über die genannten Gegenstände, so wenden Sie sich an G. Kretschmar, Nürnberg, Burgschneidstraße 19. Derselbe wird Ihnen die Entwürfe nach von Ihnen bestimmter Angabe zeichnen. Wollen Sie jedoch ein Werk, in dem außer diesen Theilen viele andere Abbildungen enthalten sind, so können sie dieselben für M. 10 durch unsere Expedition beziehen.

Görlitz, D. St. R. Vogt, Berlin O, Koppenstraße 15; A. S. Hall, Berlin G, Kopsstraße 1.

Landeshut, W. A. Bei H. Mannberger in Frankfurt am Main, Langestraße 22, und W. Beshlow in Berlin SO, Cöpenickerstraße 134.

Wien, G. W. In Nr. 2; ein Zeichen, daß Sie gar nicht hineingesehen haben.

Willingen, F. W. Bei Paul Horn, Hamburg. F. S. Das Recht, den Betreffenden beim Gewerbegericht zu belangen, steht Ihnen trotz der beiden ersten Bedenken zu; aber ihre Forderungen müssen Sie genau detaillirt vorlegen können; natürlich auch Angabe der Daten, soweit dieselben in Betracht kommen. Berlin, J. W. Beitrag ergatten.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(G. P. 3 in Hamburg.)

Bekanntmachungen des Hauptkassiers.

Uebersichtliche fanden ein vom 12. bis 26. Januar: Chemnitz M. 650, Halle 400, Nürnberg 400, Cronberg 300, Rudolstadt 300, Gumburg II 300, Erfurt 250, Siegen 250, Gumburg IV 200, Steuten 205 16, Bayreuth 200, Darmstadt 200, Dietrichheim 200, Offen 200, Jechenheim 200, Gumbelshausen 200, Hainichen 200, Lobitz 200, Dessau 195 25, Görlitz 170, Frankfurt 150, Göttingen 150, Hanau 150, Großschöcher 150, Neu-Stenburg 150, Osnabrück 150, Potsdam 150, Reichenberg 150, Gr. Dobritz 135, Reulshausen 137 95, Neufährschel 120, Röschenroda 120, Gütz 110, Oppeln 100, Sierben 100, Ganten 100, Birra 100, Nie 100, Rammungen 100, Gützig 100, Madon 100, Ditzel 100, Siedenbach 100, Ohren 100, Leipzig III 100, Mühlberg 100, Reuditz 100, Siegnitz 100, Obesloe 100, Sorames 100, Gutschheim 100, Heusenham 100, Gutschheim 100, Treitz 100, Reuditz 100, Schwartau 100, Schmolln 100, Sachnang 100, Rothausel 100, Bürgel 100, Hamburg 100, Redarau 100, Lippoldshausen 80, Hirschleben 80, Meixner 80, Ranebach 80, Wädigen 80, Zimmer 80, Ranzheim 80, Niederberg 80, Burgdorf 75, Langenbiebach 75, Reuditz 60, Weilburg 60, St. Krogenburg 60, Birnhausa 60, Stadthim 60, Jauer 60, Nalen 52 68, Kronach 52 60, Rorbshausen 50, Wintersdorf 50, Wismar 50, Narrinroba 50, Juffshausen 50, Großhain 50, Feuerbach 50, Herzogenastach 47, Kirchheimbolanden 40. Summa M. 11 885,70.

Zuschüsse erhielten vom 12. bis 26. Januar: Berlin M. 600, Berlin D 600, Berlin C 400, Berlin F 400, Hamburg I 300, Stuttgart 300, Duisburg 300, Labr 250, Juchshausen 250, M. Gladbach 250, Grabow 200, Regensburg 200, Augsburg 200, Oppau 200, Spandau 200, Weisen 200, Reichenhendorf 150, Jülich 150, Schwepingen 150, Straßburg 150, Gera 150, Ertlingen 150, Endenich 100, Siedenbach 100, Bruchsal 100, Ostermeddingen 100, Brezzenheim 100, Jellbach 100, Selen

